

**Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!**

# Politische Berichte ★

Nummer 7 / 17. Jahrgang

4. April 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte  
Zeitung für sozialistische Politik  
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM  
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse  
Postfach 260 226, 50515 Köln  
Hausadresse GNN-Verlag,  
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,  
Telefon 02 21/21 16 58 Fax: 02 21/21 53 73

## KurdInnen-Abschiebung in Ex- und Hopp-Manier

### Abschiebung trotz drohender Folter? Vom Büro-Kollektiv Ulla Jelpke (PDS)

Das Bundeskabinett hat sich am 27. März auf ein ganzes Bündel von Maßnahmen verständigt, mit dem es die „gewalttätigen Ausschreitungen von Ausländern bekämpfen“ möchte. Herausgekommen ist ein Horror-Paket.

#### I. Bundesgesetzliche Maßnahmen:

- Zwingende Abschiebung bei einer Haftstrafe o. Bewährung (mind. 2 Jahre) bei schwerem Landfriedensbruch;
- „Wesentliche Absenkung“ für zwingende Abschiebungen auf Freiheitsstrafen von einheitlich drei Jahren (bislang 5 Jahre oder bei mehreren Delikten);
- Einführung eines neuen Straftatbestandes, des sog. „besonders schweren Landfriedensbruchs“. Der soll vorliegen, wenn einfacher Landfriedensbruch „aus Anlaß einer verbotenen Demonstration begangen wird“;
- Verschärfung des ausländerrechtlichen Verbots politischer Betätigung;
- Einführung eines „vorläufigen Festnahmrechts“ und des „Haftgrundes zur Sicherung der Hauptverhandlung im beschleunigten Verfahren“.

#### II. Die Bundesländer werden u.a. zu folgenden Schritten aufgefordert:

- Ausschöpfung aller ordnungs- und gewerberechtlichen Maßnahmen gegen Busunternehmen (bis zum Entzug der Beförderungskonzession) bei „Beförderung gewalttätiger Demonstranten“;
- verstärkte Verhängung des Unterbindungsgewahrsams;
- verschärzte Kontrolle räumlicher Beschränkungen für AsylbewerberInnen;
- vermehrte Ausweisungsverfügungen während der Ermittlungsverfahren;
- Abschaffung der in NRW eingeführten „Härtefallkommissionen“ für abgelehnte AsylbewerberInnen;
- „konsequente Anwendung“ des Abschiebeabkommens der BRD mit dem Folterstaat Türkei vom 10. März 1995.

Wolfgang Zeitlmann, innenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe in Bonn, hatte am 20. März zusammen mit dem Vorsitzenden der CSU-Trachtengruppe, Michael Glos, ein 10-Punkte-Papier vorgelegt. Darin wurde nicht nur gefordert, auch den „einfachen Landfriedensbruch“ (§125 StGB), sondern bereits die „Teilnahme an verbotenen Demonstrationen“ zum zwingenden Ausweisungstatbestand festzuschreiben. Ähnlich hatte sich auch der Fraktionschef der Union, Schäuble, das SPD-Präsidium und Burkhardt Hirsch (FDP) geäußert. Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Jörg van Essen, plauderte aus: „Die FDP hat sich schon vor Wochen mit dem Koalitionspartner auf eine deutliche Verschärfung der Ausweisungsvorschriften für gewalttätige Ausländer verständigt. Ich gehe davon aus, daß unser Gesetz-

entwurf noch bis Mitte des Jahres verabschiedet wird.“ (Pressemitteilung, 19.3.) Bereits im Oktober 1995 hatte Bayern einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht (BRD-Drs. 686/95).

Glos und Zeitlmann: „Strafverfahren gegen ausländische Gewalttäter müssen Vorrang haben. Alle Fristenverkürzungen ... müssen ausgeschöpft werden ... Das Verfahren soll regelmäßig innerhalb von zwei Monaten abgeschlossen werden.“ Der Parlamentarische Geschäftsführer der Union, Hörster, war der Auffassung, „daß ... die richterliche Nachprüfung nachhaltig eingeschränkt werden muß, daß die Tatbestandsfeststellung durch die Behörden im Ergebnis reicht.“ (Deutschlandfunk, 18.3.)

Der Landfriedensbruch-Paragraf ist ein Relikt des Obrigkeitsstaates, der in aller Regel mit Geld- oder einer mehrmonatigen Bewährungsstrafe geahndet wird. Würde der Landfriedensbruch zu einem Ausweisungstatbestand, würde der Kreis der potentiell auszuweisenden AusländerInnen massenhaft ausgedehnt. Für sie würde so die Wahrnehmung ihres Grundrechts auf Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit zu einem unkalkulierbaren Risiko.

Wes Geistes Kind die Stichwortgeber aus der Union sind, wird in dem Vorschlag des Herrn Hauser, Vorsitzender der baden-württembergischen Landesgruppe in der CDU/CSU-Fraktion, deutlich. Er verlangte, für gewalttätige Extremisten dürften die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention nicht gelten, wonach Ausländer nicht abgeschoben werden dürfen, denen im Heimatland die Todesstrafe oder Folter drohe. (FAZ, 23.3.)

Das langfristig Bedrohliche ist das zerrüttete Verhältnis dieser PolitikerInnen zum demokratischen Rechtsstaat. Zum ersten ist für das Strafen das Straf- und nicht das Ausländerrecht maßgeblich. Zweitens garantiert das Grundgesetz den Rechtsweg für jede und jeden — auch und erst recht für Kriminelle bzw. für jene, die dafür gehalten werden. Drittens: Die Europäische Menschenrechtskonvention hat das Ziel, jeden Menschen vor Folter oder unmenschlicher Behandlung zu schützen — unabhängig, was dieser Person strafrechtlich zur Last gelegt wird. Und dieser Schutz gebührt in besonderem Maß Menschen, denen aufgrund ihrer politischen Betätigung in ihrem Herkunftsland Folter, unmenschliche Behandlung oder gar die Todesstrafe droht. Die Bundesregierung ist dabei, sich von diesem Eckpfeiler einer an Menschenrechten orientierten Politik zu verabschieden. (aus Platzgründen v.d. Red. erheblich gekürzt)



Am 20. März begann in Hamburg vor dem Oberlandesgericht ein Strafverfahren gegen drei angebliche höhere Funktionäre der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Den Angeklagten, zwei Frauen und ein Mann, wird „Rädelsführerschaft“ bzw. Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ in der PKK vorgeworfen sowie Mordversuche in Hamburg und Bremen und Drohungen. Die Inhaftierten bestreiten die Vorwürfe. Bei Prozeßbeginn riegelte ein Großaufgebot Polizei das Gerichtsgebäude ab (Bild). (rül)

### Bau: 17 DM Mindestlohn?

Nach dem Scheitern der Verhandlungen über einen Mindestlohn im Baugewerbe durch die Kapitalisten ließ die IG BAU am 22.3. die parallel laufenden Verhandlungen um die Einkommenstarifverträge platzen. Die erste Schlichtungsrunde am 26.3. und 29.3. über jeweils beide Verträge wurde auf den 3.4. und 10.4. vertagt. In der Schlichtungsrunde über den Mindestlohn haben sich die Arbeitgeber zum ersten Mal fest gelegt. Einen Stundenlohn über 17 DM könnte man sich vorstellen, allerdings in Ostdeutschland weniger. Dies soll in einem Stufenmodell verwirklicht werden. Demgegenüber beharrt die IG BAU auf einem Vertrag, der sofort gilt.

In der Schlichtungsrunde über die Einkommenstarife hielten die Kapitalisten an ihren Maximalforderungen fest. Sie wollen statt 5% mehr Einkommen nur 1,3% geben; ohne auf die Forderung der Gewerkschaft einzugehen, die Rückerstattung für das Überbrückungsgeld (neues SWG) über die Sozialkassen von 20% auf 50% zu erhöhen. Zu den immer noch gewollten Eingriffen in bereits bestehende Tarifverträge sind noch zwei weitere Frechheiten gekommen: Das zusätzliche Urlaubsgeld soll um ein Drittel gekürzt werden, und auch die Azubis sollen zwischen Weihnachten und Neujahr auf die Baustelle. Diese ehemals für alle freien

Tage sind als Kompromiß für den Abschluß über ein ganzjährig gesichertes Einkommen gestrichen worden, laut dem Essener IG BAU-Vorsitzendem Knerler sollen diese aber auch für die Gesellen zurückerobern werden. Knerler bekräftigte auf der Belegschaftsversammlung der Hochtief AG Essen am 20.3. die schon von Wiesehügel klar gemachte Ablehnung von Tariföffnungsklauseln für „notleidende“ Betriebe. Die Streikbereitschaft ist groß, das wurde auch auf der Versammlung deutlich, und deshalb haben sich die Kapitalisten in der Höhe des Mindestlohnes bewegt. Sie werden sich aber auch in anderen Punkten bewegen müssen. (tja)

### ERNK dementiert Vorwürfe

In einer Erklärung hat die ERNK-Europavertretung am 2. April zu Vorwürfen gegen die PKK Stellung genommen. Das Gerücht, „die PKK werde auf deutsche Polizisten schießen“, sei eine Erfindung der Geheimdienste. Wenn es zu solchen Aktionen komme, sei das „ein Schlag gegen die Erwartungen und Sehnsüchte unseres Volkes nach Frieden“. Die PKK wolle eine friedliche Lösung. „Wir betonen erneut, daß wir weiter einen Grund noch die Absicht haben, Deutschland anzugreifen.“ (rül) (ERNK-Europavertretung, 2.4.96, KIZ Köln)

### Osteraktionen '96:



### Bundeswehr in alle Welt?

### Wir sagen NEIN!

In zahlreichen Städten haben bei Auslieferung dieser Zeitung wieder die Ostermarsche begonnen. Widerstand gegen die zunehmende Militarisierung der Innen- und Außenpolitik der Herrschenden, gegen Waffenexporte, atomare Aufrüstung, gegen Bundeswehr-ein-

sätze im Ausland und für die Abschaffung aller Kriegsdienste sind ihre Themen. In Nr. 5/96 hatten wir eine Übersicht über die geplanten Aktionen veröffentlicht. Wer sie nicht zur Hand hat: Die Büros der örtlichen Friedensbewegung geben sicher auch Auskunft. (rül)

**AKTUELL IN BONN****Gegen „Lohnsteuerstaat“**

Die hessische rot-grüne Landesregierung will über den Bundesrat einen Antrag auf Steuerreform einbringen. Hessens Finanzminister Starzacher (SPD) nannte das Ungleichgewicht zwischen sinkender Einkommenssteuer und weiter steigender Lohnsteuer „dramatisch“. So sei in Hessen das Aufkommen aus der Einkommenssteuer 1995 um 70% gesunken, bei der Körperschaftssteuer habe das Land nach Einnahmen von 2 Milliarden DM 1991 im letzten Jahr sogar 25 Millionen DM zurückstatten müssen, also gar nichts mehr eingenommen. Während die Ertragsteuern von 1991 bis 1995 um 83% gesunken seien, sei die Lohnsteuer erneut um 17% gestiegen. Starzacher kritisierte insbesondere die steuerliche Begünstigung von Investitionen in den neuen Bundesländern, die zu extremen Steuersenkungen für Gutverdiener und Konzerne im Westen geführt hätten. Auch bei der Vermögens- und Erbschaftssteuer bestehe „dringender Handlungsbedarf“. Selbst die hessische CDU schloß sich der Kritik der Landesregierung im Landtag an. Sie fordert aber, daß parallel zur Streichung solcher Steuerprivilegien die Steuersätze erneut gesenkt werden sollten.

**Subventionsbetrug mit Wissen Waigels**

Daß der Vorstand der Bremer Vulkan-Werft 850 Millionen DM zweckgebundene Subventionen für seine Ost-Werften vertragswidrig diesen Standorten vorenthalten hat und stattdessen mit diesem Geld Firmen im Westen kaufte bzw. Verluste abdeckte, war dem Bundesfinanzministerium seit Oktober 1993 bekannt. Das bestätigte Anfang letzter Woche ein Sprecher des Ministeriums. Auch die Treuhand wußte von diesen Beträgen, sah aber keinen Anlaß, einzuschreiten. Das berichteten *Berliner Zeitung* und *Handelsblatt* (25.3.).

**Bundeswehr in Bosnien: 700 Millionen DM Kosten**

Die Kosten des Bundeswehreinsatzes in Bosnien werden sich nach Berechnungen des Verteidigungsministeriums auf 700 Millionen DM belaufen. Im Haushalt sind bisher nur 65 Millionen DM vorgesehen. Das Ministerium soll nun diese Mehrkosten durch Umschichtungen im Verteidigungshaushalt aufbringen. Das hat Rühe so aufgebracht, daß er öffentlich gegen weitere Streichungen im Rüstungsetat polemisierte: So was gefährde die Sicherheit der Soldaten, behauptet er. Tatsächlich ist derzeit nur strittig, wann die Beschaffung von drei weiteren Fregatten in Auftrag geht. Der Minister will sie noch in diesem Jahr in Auftrag geben, Waigel will etwas später. Also nicht die „Sicherheit der Soldaten“ ist strittig, sondern das Tempo beim Aufbau der BRD-Flotte!

**Erbschafts- und Vermögenssteuer: Wieder vertagt**

Erneut vertagt haben die Finanzpolitiker von CDU/CSU und F.D.P. die Änderung der Erbschaftssteuer. Aus der Unionsfraktion hatten einige Abgeordnete eine Verbreiterung der Bezeichnungsgrundlage für diese Steuer,

also Senkung der Freibeträge, bei gleichzeitiger Senkung des Steuersatzes auf 10% propagiert. Das ging selbst Waigel zu weit: So niedrige Steuersätze bei großen Erbschaften seien „politisch kaum durchsetzbar“. Waigel will stattdessen die Freibeträge bei der Erbschaftssteuer deutlich erhöhen - was im Ergebnis ebenfalls einer Steuersenkung für große Erbschaften gleichkommt. Einigkeit gab es bei den Regierungsparteien mit dem Ziel, die Vermögenssteuer ganz abzuschaffen - auch wenn die SPD-Länder strikt dagegen auftreten. Nach der Osterpause wollen die Regierungsparteien weiter verhandeln.

**Unternehmer-Institut für „Einwanderungsgesetz“**

Das „Institut der deutschen Wirtschaft“ des Bundesverbandes der deutschen Industrie hat von den Politikern gefordert, ein „Zuwanderungskonzept“ zu entwickeln. Ohne weiteren Zuzug von Ausländern schrumpfe die Bevölkerung in der BRD bis zum Jahr 2030 von jetzt 81 auf 73 Millionen Menschen, will das Institut jetzt schon wissen. Ein „Zuwanderungsgesetz“ müsse her, das eine „Feinsteuierung der Migration“ ermögliche. Darunter stellt sich das Institut vor ein Gesetz, das Alter, Geschlecht u.ä. der Zuwanderungsberechtigten jährlich festlegt, verbunden mit Maßnahmen, um die Zuwanderer „fit fürs Erwerbsleben zu machen“. Praktisch schwelbt dem BDI offenbar ein Gesetz über modernen Menschenhandel vor.

**Ladenschluß: Im April erste Lesung, HBV demonstriert**

Nach ihren Erfolgen bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein drängt die FDP jetzt auf rasche Verabschiedung ihrer Forderungen beim Ladenschluß. Noch im April, so Wirtschaftsminister Rexrodt, müsse der Gesetzentwurf zum Ladenschluß im Bundestag in die erste Lesung kommen. Die FDP will Öffnungszeiten von 6 Uhr morgens bis 20 Uhr abends sowie Samstags regelmäßig bis 16 Uhr. Die Länder sollen darüber hinaus am Samstag Öffnungszeiten bis 18 Uhr regeln dürfen. Diese extreme Ausdehnung der Arbeitszeiten im Einzelhandel in den frühen Morgen und den späten Abend wird vom Einzelhandelsverband ebenso wie von den Gewerkschaften, die zudem eine Kette weiterer Arbeitszeitverlängerungen in anderen Bereichen in der Folge erwarten, heftig abgelehnt. Die HBV mobilisiert für den 28. April zu einer bundesweiten Demonstration nach Bonn.

**Was kommt demnächst?**

Der Bundestag ist in der „Osterpause“, die nächste Sitzungswoche beginnt erst am 15. April. Noch länger dauert die Unterbrechung beim Bundesrat, dessen nächste Sitzung ist erst am 3. Mai. Vorher tagt vom 15. bis 19. April in Istanbul die „Internationale Parlamentarische Union“ und leistet so ihren Beitrag zur Aufwertung des türkischen Regimes. Die Parlamentarischen Versammlungen der NATO tagt einen Monat später, vom 16. bis 20. Mai in Athen. Vom 3. bis 6. Juni ist WEU-Sommertagung.

**Strafverteidigertag protestiert gegen Kurdenverfolgung****Die „uferlose Auslegung“ des Vereinsgesetzes gegen Kurdinnen und Kurden ist verfassungswidrig**

Der 20. Strafverteidigertag am 23. und 24. März in Essen hat in einer Entschließung gegen die staatliche Repression gegenüber Kurdinnen und Kurden protestiert. „Die Grundrechte der Vereinigungs-, Demonstrations-, Meinungs- und Pressefreiheit sind faktisch für alle Kurden abgeschafft“, rügen die Strafverteidiger. Mit dem PKK-Verbot habe die Bundesrepublik die politische Auseinandersetzung mit dem kurdischen Unabhängigkeitskampf „zugunsten einer polizeilich/polizeistaatlichen Unterdrückung aufgegeben“. Die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Kurdinnen und Kurden seien die von den Behörden „erkannte und provozierte“ Folge des PKK-Verbots durch die Bundesregierung im November 1993, „nicht ihre Ursache“.

Ausdrücklich kritisieren die Strafverteidiger die breitflächige Anwendung des Paragrafen 20 Vereinsgesetz, der „neben § 129a StGB wichtigstes Instrument zur Kriminalisierung politisch aktiver Kurden“ geworden sei. „Dabei knüpfen das PKK-Verbot und seine polizeiliche wie strafrechtliche Umsetzung zum Teil ausdrücklich an das KPD-Verbot und die hierzu während des ‚Kalten Krieges‘ ergangene Rechtsprechung an“, stellen sie fest.

Ausdrücklich kritisieren die Strafverteidiger die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. Dieser hatte in einer Entscheidung am 24.1.96 zwar entgegen der polizeilichen Praxis festgestellt, daß allein das öffentliche Verwenden oder Verbreiten von Kennzeichen von PKK oder ERNK nicht strafbar sei. „Er hat jedoch zugleich § 20 Abs. 1 S. 4 Vereinsgesetz eine derart uferlose Auslegung gegeben, daß praktisch jede auf PKK oder ERNK bezugnehmende politische Betätigung als Verstoß gegen das Betätigungsverbot ... erfaßt werden kann. Nach dieser Entscheidung verbo-

ten ist jede Handlungsweise, die konkret geeignet ist, eine für die verbotene Vereinstätigkeit vorteilhafte Wirkung hervorzurufen, ohne daß es auf einen tatsächlich eingetretenen maßbaren Nutzen ankäme.“ „Diese Auslegung“, so die Strafverteidiger, „verstößt gegen Art. 5 Abs. 1 GG und das Bestimmtheitsgebot des Art. 103 Abs. 2 GG.“

Auch die Bundesanwaltschaft setzt sich in ihrer Verfolgung einer angeblichen „terroristischen Vereinigung in der PKK“ „über bisher in der Rechtsprechung anerkannten Grenzen dieses Tatbestandsmerkmals hinweg“, um „die ganze PKK als terroristisch abzuqualifizieren“.

Nach Ansicht der Strafverteidiger verstößen das PKK-Verbot und die Demonstrationsverbote „gegen zwingendes Völkerrecht“. Sie fordern eine Änderung der Politik gegenüber dem türkischen Staat und den die Kurden repräsentierenden Organisationen, u.a. durch die Aufhebung des PKK-Verbots, den Stoppt der Waffen- und Wirtschaftshilfe für die Türkei, die Wiederherstellung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit für Kurden. (rll) Quelle: Ergebnisse der AG 6 des 20. Strafverteidigertages - „Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Kurdinnen“ vom 23./24. März in Essen

**„Rasse“biologie vom BMI****Das Ministerium Kanthers fördert Broschüre eines NS-„Rasse-Biologen“ über „Rußlanddeutsche“**

Mit 242.488 DM förderte das Bundesinnenministerium (BMI) die Herstellung und Verbreitung der Broschüre „Volk auf dem Weg. Deutsche in Rußland und in der GUS 1763-1993“ des ehemaligen NS-„Rasse“biologen Dr. Karl Stumpf. Herausgeber des Heftes sind der Kulturrat der Deutschen aus Rußland und die Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland. Die Darstellung der Geschichte der Rußlanddeutschen in dieser Broschüre basiert auf überarbeiteten Manuskripten des 1982 verstorbenen Dr. Karl Stumpf, von 1933 bis 1982 führender Funktionär des VDA, damals Volksbund für das Deutschtum im Ausland, heute Verein für das Deutschtum im Ausland.

Dr. Stumpf arbeitete im deutschen Faschismus in der „Hauptstelle für auslandsdeutsche Sippenkunde“ des Deutschen Auslands-Institut an der kartemäßigen Erfassung der Rußlanddeutschen. Nach Veröffentlichung eines Werkes „Die Volksbiologie der Rußlanddeutschen“ war er als Leiter des „Kommando Dr. Stumpf“ in den „Sippenämtern“ Shitomir und Dnjepropetrowsk an der Selektion beteiligt. Er fertigte „Abstammungsgutachten“ an, und es muß davon ausgegangen werden, daß die von

ihm als „Juden oder jüdische Mischlinge“ in die „Volksliste 4“ eingeordneten Menschen den Vernichtungskommandos der SS zum Opfer fielen, ebenso wie die von ihm als „völkische Mischfälle“ oder „fremdvölkisch gemischte“ Familien eingestuften Rußlanddeutschen.

Angesichts dieses Hintergrundes ist es kaum verwunderlich, daß die BMI geförderte Broschüre den faschistischen Krieg gegen die Sowjetunion als Befreiung der Rußlanddeutschen feiert und auch der Germanisierungspolitik im besetzten Polen im Rahmen des berüchtigten „Generalplan Ost“ durchaus positive Aspekte abgewinnen kann.

In einer Presseerklärung zu diesen Vorgängen schreibt die Abgeordnete Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Gruene): „Es ist ein unglaublicher Skandal, daß Bundesmittel aus dem Haushaltstitel „Informationspolitische Maßnahmen“ für derartige Desinformationen zu Verfügung gestellt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, alle noch verbliebenen Exemplare aus dem Verkehr zu ziehen und eine weitere Auflage dieser Broschüre nicht zu fördern.“

(entnommen aus: FORUM Wissenschaft, Nr. 1. März 1996, über: CL-Netz)

Die Reps im Ländle kamen auf 9,1 Prozent. Die vollmundigen Ankündigungen von Republikaner-Chef Rolf Schlierer im Wahlkampf von Baden-Württemberg sind Realität geworden: „Wir zwingen zum Handeln — wir verhindern linke Experimente“, so waren die Wahlplakatmassenzeitungen der Reps in Baden-Württemberg überschrieben. Gleich in mehrfacher Hinsicht hatten sich die Rechtsextremen dank eines sozialpatriotisch geführten Wahlkampfes der SPD ins rechte Licht setzen können. Reps und SPD waren in den Hauptaussagen einig: „Rettet die DM“, hieß die Hauptparole der Reps. Schuld an der hohen Erwerbslosigkeit und der wachsenden Armut seien das Ausland und die Einwanderungsströme. Die Deutschen müßten sich endlich wehren gegen das „Abzocken durch ärmere Länder“ — die BRD sei schließlich nicht das „Sozialamt der übrigen Welt“. Die sachliche Richtigstellung, daß die BRD und das Kapital im Ländle Hauptnutznießer der Währungsunion seien, hörte man hauptsächlich von CDU und FDP. Die SPD verlangte stattdessen auf knalligen Plakaten mit dem Hinweis auf Stabilität, Standort und deutsche Arbeitsplätze die Verschiebung der Währungsunion.

Durch die von den Sozialdemokraten losgetretene Aussiedlerdebatte profitierten die Reps gleich in zweifacher Hinsicht. Der Wahlkampf bekam nochmals einen chauvinistischen Kick. Die Reps bedankten sich ausdrücklich bei Scharping und Spöri dafür, daß sie mit ihren Argumenten nun nicht mehr alleine seien. Verhinderung von weiterer Einwanderung und Ausweisung abgelehnter Flüchtlinge seien auch ihr zentrales Anliegen. Bei Aussiedlern allerdings forderten sie eine Ausnahme. Geschickt mobilisierten die Reps nationale Solidaritäts- und Mitleidseffekte, die durch die Sündenbockkampagne der SPD provoziert worden waren. CDU und Reps konterten mit „Heim ins Reich“-Argumenten für die deutschstämmigen Aussiedler. „Solidarität mit deutschem Blut“ und Kampf gegen angebliches „Sozialschmarotzertum“ wurden so gleichzeitig zu beherrschenden Faktoren im Wahlkampf.

#### Inhaltliche Abgrenzung zu den Reps war kein Thema

Abgesehen von einigen antifaschistischen Aktionen sowie Flugblättern von VVN und PDS gab es keinen inhaltlichen Wahlkampf gegen die Reps. Die Landesregierung streute zwar einige Informationen darüber, daß militante Neonazis als Wahlkampfhelfer der Republikaner arbeiteten, inhaltliche Abgrenzung war in der Öffentlichkeit jedoch kein Thema. Erste Wahlauswertungen zeigen, daß die CDU-StammwählerInnen von den Reps zurückholen konnte, die SPD jedoch nicht. Diese Entwicklung wird noch verschärft durch die niedrige Wahlbeteiligung von 67%. Während Reps, CDU, FDP und Grüne ihre Wählerschichten mobilisieren konnten, verlor die SPD im linken Spektrum. Die SPD stellte im Wahlkampf nicht die sozialen Interessen von lohnabhängig Beschäftigten und Arbeitlosen in den Mittelpunkt, sondern die Subventionierung des sogenannten Mittelstandes, eine Klientel, um die sich schon alle anderen kümmern. Die Anteile der Reps bei gehobenen Schichten der Facharbeiterchaft sind nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Ansonsten sind die Rep-Anteile ziemlich gleichmäßig über alle sozialen Schichten verteilt. Schnellschüsse wie etwa die Behauptung der *Jungen Welt*, die Rep-Anteile seien unter den Beschäftigten der Kernbelegschaften in der weltmarktorientierten Großindustrie kleiner und bei Menschen, die aus Kernbe-



**Antifaschistische Kritik und Widerstand gegen Reps und DVU waren in den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und den anderen Bundesländern nur schwach entwickelt. Bild: Titelbild einer Broschüre der VVN/BdA Baden-Württemberg vom Mai 1994. Die Broschüre („Sag Nein zu Republikanern. Kritik und Dokumentation der Parlamentspolitik der Republikaner am Beispiel Baden-Württembergs“, 28 S. A-4, Preis 3,50 DM) ist in geringen Mengen noch bei den GNN-Verlagen erhältlich sowie direkt bei: VVN-BdA Bad.-Württemberg, Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, Telefon 0711-60 32 37, Fax 0711-60 07 18.**

## Die Braunzone ist nach den Wahlen gestärkt

### In Baden-Württemberg stabilisierten sich die „Reps“ auf hohem Niveau. Von B. Strasdeit

legschaften rauslögen, also in neuen Randschichten, größer, sind bislang über Zahlen nicht nachvollziehbar. Frühere Untersuchungen bei Jungwählern in Großbetrieben beweisen das Gegenteil: Gerade die Orientierung auf den Weltmarkt und entsprechende betriebsgemeinschaftliche Einbindung stärken nationalkonservative Denkmuster und Wertvorstellungen. Tatsächliche oder vermeintliche Aufstiegschancen prägen Herrschaftsdenken auch da, wo noch keine Herrschaft ausgeübt werden kann.

Doch nicht nur die SPD hat Wahlkampfhilfe geleistet. Auch die CDU will sich nicht so recht von Rechtsextremisten abgrenzen. So wird der bisherige und auch künftige Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) am 13. April ein Grußwort bei einer Tagung des rechts-extremistischen Studienzentrums Weickerheim im Stuttgarter Haus der Wirtschaft sprechen. Geleitet wird die rechte Denkfabrik von dem ehemaligen NS-Marinerichter und Ministerpräsidenten a.D. Hans Filbinger, der immer noch Ehrenmitglied der baden-württembergischen CDU ist.

#### Falsche Zurückhaltung

Alle Wahlumfragen, die vor der Wahl in Baden-Württemberg veröffentlicht wurden, veranschlagten die Reps bei 4,0 bis 4,5%. Renate Köcher, zweite Geschäftsführerin des Allensbacher Instituts für Demoskopie, räumte ein, ihr Institut habe hohe Stimmenergebnisse der Reps bei 8% vorhergesagt, jedoch nicht veröffentlicht. Angeblich habe das der CDU nahestehende Institut die Rep-Anteile bewußt verharmlost, um sie nicht noch mehr zu puschen. Wurden die Reps durch diese Behandlung eher begünstigt? Tatsächlich ist bislang nicht bewiesen, ob sich Umfragen und somit auch Fälschungen auf das Ergebnis auswirken oder nicht. Die vorherrschende Stimmung in den Medien vor der Wahl war: Die Reps kommen sowieso nicht reich, rechts liegen lassen. Bei der letzten Bundestagswahl dage-

gen wurde der Einzug der Reps im Vorfeld für möglich gehalten, ihre Inhalte waren thematisiert, ihr Programm wurde breit öffentlich kritisiert. Das Ergebnis lag dann deutlich unter 5%. Die Reps verfügen zwar inzwischen über eine feste Stammwählerschaft, die sich auch durch antifaschistische Kritik kaum beeinflussen läßt. Mindestens die Hälfte ihrer Klientel, das zeigen Vergleiche der Landtags-, Kommunal- und Bundestagswahlergebnisse, sind jedoch nicht auf diese Partei festgelegt. Anstrengungen zur öffentlichen Achtung ihrer Positionen machen weiter Sinn. Hinweise allein auf ihre intellektuellen und personellen Schwächen sind hilflos. Das Almensbacher Institut kann sich also den Vorwurf nicht ersparen, direkt zur Verharmlosung und Festigung faschistoider Tendenzen beigetragen zu haben.

#### Terrain gewonnen

Die Republikaner haben im rechten Formierungsprozeß durch ihren Wahlsieg Terrain zurückgewonnen. Auch in Rheinland-Pfalz erreichten sie beachtliche 3,5 Prozent. Die DVU ist mit 4,3 Prozent in Schleswig-Holstein aus dem parlamentarischen Betrieb erst mal raus. Möglicherweise kann der als politischer Milchbubi verharmloste Schlierer neue Parteigründungen, die für die nächsten Zeit im Umfeld von NPD, DVU, Deutscher Liga und Reps geplant waren, vorerst verhindern. Er könnte jetzt seinen Führungsanspruch im gesamten rechtsextremen Lager ausbauen, wo er als „Verhinderer der rechten Einheit“ gilt. Schlierer erklärt sich den Erfolg der Reps vor allem mit der „klaren Abgrenzung“ gegenüber den altrechten Nazi-gruppierungen. Er kündigte eine „Parteireform 1996“ an, mit der er diesen Kurs offenbar festschreiben will. Ob ihm Teile der FDP und der Bund Freier Bürger nunmehr folgen, ist noch offen.

Bernhard Strasdeit ist Mitarbeiter des PDS-Abgeordneten Winfried Wolf und gehört zum Herausgabekreis der „Antifaschistischen Nachrichten“.

## DVU nur knapp unter 5 Prozent

**Schleswig-Holstein.** Die faschistischen Parteien kamen hier zusammen auf 4,57%, DVU auf 4,3% und DLVH auf 0,27%. Die DVU erhielt vor vier Jahren 6,3%. Die Republikaner, die 1992 1,2% schafften, traten dieses Mal nicht an.

DVU/DLVH haben sich in gut einem Drittel der 45 Wahlkreise über 5% halten können. Am höchsten schnitt die DVU mit 7,1% in Lauenburg-Süd ab. Neben Lauenburg bleibt Lübeck bei 6,2% die Hochburg der Faschisten. Sie haben sich damit entgegen den entwarnenden Kommentaren in den Tageszeitungen und den gleichlautenden Ausflügen der bürgerlichen Parteien, die schnell zur Tagesordnung übergehen wollen, auf hohem Niveau vorerst festgesetzt.

Was macht die Stärke der Faschisten aus? Eine Untersuchung landesweit fehlt derzeit. Erschwerend kommt hinzu, daß die bisherigen Statements in den Medien mehr vernebeln als erhellern. Einige Auffälligkeiten des Landkreises Pinneberg mit seinen vier Wahlkreisen könnten Anhaltspunkte liefern. In den 49 Gemeinden und Orten kamen DVU/REP 1992 in 42 auf über 5%. Jetzt sind es noch 13. Überdurchschnittlich halten konnten sich Orte, in denen die Faschisten auch außerhalb des Wahlkampfes bzw. im Wahlkampf neben der zentral gesteuerten Propaganda selbstständig auftraten. So in Moorrege, einer traditionellen NPD-Hochburg und Sitz der Reservistenkameradschaft sowie Kasernenstandort; in Tornesch und Uetersen, Verbreitungsgebiet der *Ueterseer Nachrichten* und Medium der dort sesshaften Revanchisten; in Lutzhorn, wo eine antifaschistische Veranstaltung durch eine größere Anzahl von Nazis gestört werden sollte. Dabei sackte Bockholt-Hanredder, Ort des kreisgeigenen Sammellagers für Flüchtlinge, von 9,9% vor vier Jahren auf 2,6% ab. Ebenfalls hoch liegen nach wie vor Orte mit bäuerlicher Struktur.

In Elmshorn, der größten Stadt im Kreis Pinneberg, lagen DVU und REP 1992 in einem Viertel der Wahllokale zwischen 10 und 12%. Diese haben eine Blockbebauung sowie hohe Ausländeranteile gemeinsam. 1996 liegen hier wiederum die höchsten Verluste der Faschisten. Was daraufhin deutet, daß zweistellige Prozentzahlen vorerst unrealistisch sind und eher durch einen Teil nicht direkt überzeugter Naziwähler zustande kamen.

Übriggeblieben sind Revanchisten, Militaristen, EU-Gegner und eingefleischte Ausländerhasser, die alles befürworten, wozu Faschisten in der Lage sind. Aufgeschwemmt wurden DVU/REP vor vier Jahren durch die Kampagne gegen Flüchtlinge. Das würde bedeuten, daß sich die Faschisten durch eine zunehmend militarisierte Außenpolitik, durch das Bauernlegen der EU wie auch die Anvisierung ehemals reichsdeutscher Gebiete sowie Kriminalitätsdebatten bei günstiger Stimmungslage über 5% aufblasen könnten. Dabei stehen sie jetzt an der Schwelle, sich öffentlich zeigen zu müssen, aber dieses nur vereinzelt zu können. (rua)



**E**uer Verfahren ist schon jetzt eines der größten Staatsschutzverfahren in dieser Republik. Kannst du eingangs etwas zum Ausmaß des Verfahrens sagen: Wer ist angeklagt, was wirft euch die Staatsanwaltschaft vor?

Die ersten Ermittlungsaufträge ergingen im März 1991 wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ nach § 129a von der Bundesanwaltschaft (BAW) an die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) Celle wegen drei Anschlägen in Göttingen. Ende 1991 wurde dann auch in der Göttinger Öffentlichkeit bekannt, daß sich verstärkt Beamte des LKA in der Stadt rumtreiben. Die Staatsschutzbehörden reagierten mit der Behauptung, daß es bis zu 52 Anschläge aus den Jahren 1981 bis 1991 aufzuklären gelte, die einer Gruppe zuzuordnen seien, die abgeschottet von der linken „Szene“ agieren würde. Schon damals gerieten die Ermittlungsmethoden zur Farce: Jugendliche wurden vorgeladen, die zur Tatzeit der Anschläge den Kindergarten oder die Grundschule besucht hatten, bekannte Nazi-Schläger wurden von LKA-Beamten aufgefordert, Strafanzeige gegen Antifas zu stellen. Als im Laufe der Jahre immer deutlicher wurde, daß im Zentrum der Repression die Autonome Antifa (M) stand, versuchte die GSA Celle die Autonome Antifa (M) dadurch zu diskreditieren, daß sie sie in die Nähe der RAF rückte, oder indem sie behauptete, die Gruppe würde über eine Privatarmee von 800 gewaltbereiten Antifas verfügen. 143 Personen aus dem linken Spektrum wurden auf die Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) hin überprüft. Es wurden in sieben Monaten 13.929 Telefonate abgehört und ausgewertet. Für diesen Aufwand wurde eine Sonderkommission, die Soko 606, eingesetzt, in der bis zu 28 Beamte gearbeitet haben, zusätzlich zu dem Observationskommando, das täglich in Göttingen aufwachte.

Im März 1994 mußte die GSA Celle eingestehen, daß der Vorwurf wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a) nicht aufrechterhalten werden konnte, nachdem selbst die BAW diesem Vorwurf widersprach. Die Ermittlungen wurden jedoch nicht eingestellt, sondern im Gegenteil wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129) verstärkt.

Im Juli 1994 fanden dann bei 17 Personen, an ihren Arbeitsplätzen, bei ihren Angehörigen, bei dem Buchladen Rote Straße, im ASTA der Uni Göttingen und bei zwei Druckereien Hausdurchsuchungen statt. In der Folgezeit kam es zu einer Reihe von Anklagen und Verfahren, auch gegen den Buchladen Rote Straße. Im Februar 1995 hat die GSA dann beim Oberlandesgericht (OLG) Celle Anklage wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ gemäß § 129a, Durchführung nichtangemeldeter Demonstrationen, Verstoß gegen das Uniformierungsverbot und das Versammlungsgesetz, Maskierung und Nötigung gegen 17 Antifas erhoben. Zum Zwecke der Durchführung dieser Straftaten und mit dem Ziel, „das System (gewaltsam) zu kippen“, sollten die 17 die Autonome Antifa (M) gegründet haben bzw. Mitglied in letzter sein. Das OLG wollte sich jedoch nicht der Auffassung der GSA nicht anschließen, daß die Autonome Antifa (M) eine „kriminelle Vereinigung“ darstellen würde.

Das OLG Celle wollte sich mit all dem nicht beschäftigen und verwies diebriggebliebenen „Verstöße gegen Ordnungsvorschriften des Versammlungsge-setzes“ an das Amtsgericht Göttingen. Das war im Juni 1995. Im August entschied der Bundesgerichtshof (BGH) dann – nachdem sowohl die GSA als auch die BAW Beschwerde gegen den

Beschluß des OLG eingelegt hatten — daß die Vorwürfe wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ gerechtfertigt seien, da von der Autonomen Antifa (M) eine „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ ausgehen würde. Die Vorwürfe wegen „Unterstützung“ nach § 129a wurden endgültig fallengelassen.

*Wann wird das Verfahren beginnen und wo? Anscheinend soll auf keinen Fall in Göttingen verhandelt werden ... .*

Das Verfahren soll nun vor der Staats-schutzkammer (SSK) beim Landge-richt in Lüneburg stattfinden. Der Be-ginn ist auf den 14. August 1996 termi-

kriminalisiert werden, damit der hinter dem Antifaschismus bestehenden antikapitalistischen Alternative die Legitimation entzogen werden kann.

Das Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) hat präventiven Charakter. Der Staatsschutz will sich ein Instrumentarium an die Hand geben, mit dem in Zukunft gegen die zu erwartenden Initiativen gegen Kriegspolitik und Sozialabbau vorgehen kann. Mit dem Konstrukt, das sich heute gegen uns richtet, kann selbst Greenpeace zur „kriminellen Vereinigung“ erklärt werden, da sich auch ihre Aktionen am Rande der Gesetzestexte bewegen. Dies ist bei dem engen, gesetzlichen Spielraum, der für eine außerparlamentarische Praxis

de uns zum Beispiel auf den Bundesparteitag der PDS in Magdeburg und dem der DKP in Dortmund Redezeit zur Verfügung gestellt. Uns wird von allen Seiten Unterstützung signalisiert. Ich denke, momentan geht es noch darum, die Informationen über das Verfahren breiter zu streuen. Nächster Schritt ist, Aktionen zu initiieren. Es wird zur Zeit eine Resolution vorbereitet, die in überregionalen Tageszeitungen veröffentlicht werden soll. Es gibt Versuche, internationale Kontakte zu knüpfen.

Welche politischen Konsequenzen sollten nach eurer Ansicht aus dem Verfahren gezogen werden? Das Büro Ulla Selbke (PDS-MdB) will erneut versuchen, den § 129a abzuschaffen. Gibt es ähnliche Initiativen von euch oder anderen?

Die Sonderrechtsparagraphen 129 und 129a sind Gesinnungs- und Ermittlungsparagraphen. Sie werden vorwiegend gegen Linke angewendet, führen aber lediglich in 2% der Fälle zur Verurteilung. Ihre Funktion besteht zum einen in der Einschüchterung der Verfolgten. Wird nach §§ 129/129a ermittelt, ist der Einsatz geheimdienstlicher Ermittlungsmethoden gestattet. Die Verfeindigerrechte sind eingeschränkt. Die Haftbedingungen werden dermaßen verschärft, daß amnesty international von weißer Folter spricht.

Deswegen sind Initiativen zur Abschaffung der §§ 129/129a erst recht notwendig. Ob dies langfristig durchgesetzt werden kann, hängt auch von dem Druck ab, der außerhalb der parlamentarischen Strukturen aufgebaut werden kann ab. Daß es möglich ist, ist in Göttingen deutlich geworden, wo selbst SPD-PolitikerInnen und GewerkschafterInnen im Angesicht des Verfahrens gegen die Autonome Antifa (M) die Streichung der Paragraphen gefordert haben, was sicherlich die Entscheidung des OLG Celle beeinflußt hat. Wir wissen, daß auch Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine entsprechende Initiative auf Bundesebene vorbereiten. Ich denke, dies sollte auch Schwerpunkt der Solidarität zu dem Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) sein: Die Forderung nach Abschaffung der §§ 129/129a!

(Die Fragen stellte R. Lötzer,

## **„Die Abschaffung der §§ 129/129a sollte im Zentrum der Solidarität stehen“**

## **Interview mit Sebastian Siegele, Autonome Antifa (M), zu ihrem kommenden Prozeß**

niert. Im übrigen drei Tage vor dem 40. Jahrestages des Verbotes der KPD in der BRD. Es sind bis August 1997 insgesamt 131 Gerichtstage anberaumt. Mit dem Hinweis, daß Folgetermine vorbehalten bleiben und mit der Androhung von Haft bei Nichterscheinen. Daß dies bei drei Gerichtstagen wöchentlich und dem weiten Anfahrtsweg einem Freiheitsentzug gleichkommt, ist offensichtlich. Dann sind auch die für den Prozeß aufgestellten Rahmenbedingungen auf die Einschüchterung der verfolgten Antifaschisten und Antifaschistinnen ausgerichtet. Daß die Öffentlichkeit nicht erwünscht ist, ist sicher ein weiterer Punkt. Die SSK erwartet Unruhen, wenn der Prozeß in Göttingen durchgeführt werden würde. Im übrigen hat die SSK enorme organisatorische Schwierigkeiten. Der Beginn der Hauptverhandlung mußte bereits einmal verschoben werden, da keine Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Welche Ziele verfolgt die Autonome Antifa (M), wogegen richtete sich ihre Politik? Welche Politik greifen die Staatsschutzbehörden durch den Prozeß an?

Die Autonome Antifa (M) steht beispielhaft für eine Bündnispolitik, die von linksradikaler Seite initiiert wurde. Sie hat die Isolation von Autonomen Antifaschistinnen und Antifaschisten im Raum Südniedersachsen durchbrochen. Durch die Politik konnte der Aufbau der mittlerweile verbotenen FAP in Göttingen verhindert und in der Umgebung fast verunmöglicht werden.

Sie stellte zudem klar, daß sich Antifapolitik nicht auf das Zurückdrängen von Nazibanden beschränkt. Hierzu hat sie im Laufe ihrer sechsjährigen Existenz eine Kulturarbeit in Form von Agit-Prop-Aktionen, historischen Ausstellungen und internationalistischen Veranstaltungen und Vorträgen entwickelt. Themen wie die Annexion der DDR durch die BRD waren ebenso Thema wie der Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Sexismus und Rassismus. Die Autonome Antifa (M) sieht

Für den Staatsschutz gibt es eine ganze Reihe von Gründen, so vehement vorzugehen: Linksrädlische Gruppen sollen weiterhin in die Isolation gedrängt werden. Antifaschismus muß

übrigbleibt, keine Kunst. Der Willkür zur Kriminalisierung sind Tür und Tora geöffnet. Die neue Dimension an dem jetzigen Verfahren ist, daß nicht mehr das Begehen von schweren Straftaten übergeordnetes Ziel sein muß, um einer Gruppe zur „kriminellen Vereinigung“ zu erklären, sondern daß Bagatelldelikte, die „die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden“, schon ausreichen sollen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte dabei, daß eine Vielzahl von § 129/129a-Verfahren gegen den linken Widerstand laufen. Zum Beispiel die Verfahren wegen der Zeitschrift *radikal*, gegen den Castor-Widerstand und massiv gegen die kurdische Bevölkerung und hier im Besonderen gegen die PKK.

*Der Prozeß gegen euch ist schon in der Form vernichtend aufgezogen. Wie entwickelt sich die Unterstützung für euch?*

**Zu den Kosten:** Vorsichtige Schätzungen gehen alleine von 3,5 Millionen Mark Anwaltskosten pro Jahr aus. Zusätzlich zu den eigenen Kosten, Anfahrt und Verdiensausfall. In Göttingen läuft die Un-

dienstausfall. In Göttingen läuft die Unterstützung gut. Trotzdem ist die staatliche Anti-Antifa-Politik nicht spurlos geblieben. Besonders nachdem sich die Bundesanwaltschaft durch ihre Beschwerde gegen den Beschuß des OLG Celle offiziell eingeschaltet hatte und somit der bundesweite Charakter des Verfahrens offensichtlich wurde, waren viele UnterstützerInnen verschreckt. Die Teile der SPD, die die Ermittlungen bis dato verurteilt hatten, entsolidarisierten sich. Die für den 2. Oktober 1995 von der Autonomen Antifa (M) angekündigte Demonstration und Agit-Prop-Aktion, die an diesem Datum bereits das sechste Jahr in Folge stattfinden sollten, wurden von der Stadtverwaltung verboten. So kam es in Göttingen nach Jahren das erstmal wieder zu einem Polizeispalier, nachdem die Grünen aus Solidarität zur Autonome Antifa (M) zu einer Kundgebung am selben Tag aufgerufen hatten. Göttingen wurde von 4.000 Polizeibeamten besetzt und terrorisiert.

Daß die bundesweite Soliararbeit erst relativ spät anläuft, hängt wahrscheinlich mit dem Schwerpunkt der regionalen Verankerung der Autonomen Antifa (M) zusammen. Wir erhalten jetzt aber eine Vielzahl von Einladungen. So wur-

# SOLIDARITÄT

## mit den angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Göttingen

# Zur Lage der Metallarbeiter in der Slowakei

## Bericht über ein Treffen zwischen IGM und der Metallgewerkschaft KOVO

Vom 8. bis 10.11.95 führte die IG Metall zusammen mit KOVO, dem slowakischen Metallgewerkschaftsbund, ein Joint-Venture-Seminar in Piestany durch, bei dem sich Betriebsräte der deutschen Konzerne mit Gewerkschäften der slowakischen Tochterbetriebe austauschten.

### Durchschnittslohn um 25 - 30 % gesunken

Die slowakischen Metaller mußten im Vergleich mit 1989 eine Talfahrt der Löhne, konkret eine Absenkung ihres Lebensstandards um 25 - 30 % hinnehmen!

Ein Gewerkschafter sprach unwiderprochen von einer „Entwicklung zur Sklaverei“: Es sei nur noch ein Leben von Zahltag zu Zahltag möglich. Der Lohn gehe für Miete und Lebensmittel drauf. Die Bildung von Rücklagen für Wohnungseinrichtung, Reparaturen am Haus, für Urlaub und Sport sei nicht mehr möglich.

Als Antwort auf diese Situation hat die Metallgewerkschaft folgende Forderungen für die Tarifrunde aufgestellt:

- Erhöhung der Tarife um 15 %, mindestens jedoch um die offizielle Inflationsrate von 6 - 10 %.
- Zusätzlich für 1 % Produktivitätssteigerung 0,5 % Lohnerhöhung.
- Anhebung der Löhne und Gehälter, so daß das Lebensniveau von 1989 wieder erreicht wird.

Die Senkung des Lebensniveaus wurde hauptsächlich durch den Wegfall der früher üblichen Subventionen erzwun-

gen. Daneben spielen Einbrüche bei den Sozialversicherungen eine wichtige Rolle.

Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften werden von einem Kartell zwischen Regierung und Arbeitgebern in die Mangel genommen. Profiteure scheinen Regierungsbeamte und Betriebseigentümer bzw. Direktoren zu sein.

Wie das wohl funktioniert, verdeutlichen folgende Beispiele:

### Fahrtkosten

Die Regierung hat die Streichung von Subventionen für Arbeiterfahrtkosten zum 1. 7. 95 verfügt. Die Metallgewerkschaft spricht von einer Erhöhung der Reisekosten für Arbeitnehmer in Höhe von teilweise 200 bis 1200 Kronen, sie fordert Kompensation und hat ein Protestmeeting mit 20 000 Teilnehmern organisiert. In den dazu gerade stattfindenden Verhandlungen hat die Regierung geantwortet, die Gewerkschaften sollten Kompensation in den Kollektivtarifvertragsverhandlungen suchen, während die Arbeitgeber antworten: „Wendet Euch an die Regierung!“

### Tarifverhandlungen

Bei den Kollektivverhandlungen auf Branchenebene sitzt die Regierung mit am Tisch. Der Standpunkt der Regierung ist: „Erst Produktivitätssteigerungen, dann Anhebung der Löhne und Gehälter“. Die Gewerkschaft ist damit nicht einverstanden, dazu müßten notwendige Investitionen in neue Technologien vorgenommen werden, eine Stei-

gerung der Produktivität hängt weniger von der konkreten Arbeitsleistung der Arbeitnehmer ab.

### Anerkennungstarifvertrag

Es gibt im slowakischen Arbeitsrecht das Instrument des Anerkennungstarifvertrags, mittels dessen der Branchenkollektivvertrag auch auf nicht organisierte Betriebe ausgedehnt wird. Derzeit verzögert die Regierung in Absprache mit den Arbeitgebern seit einem halben Jahr die Verbindlichkeitserklärung des neuen Tarifvertrags.

### Krankenversicherung / Lohnfortzahlung

Früher waren Medikamente und sonstige Leistungen auf gesundheitlichem Gebiet gratis. Heute sind die Medikamente in drei Kategorien unterteilt: kostenlos/halber Preis/voller Preis. Gera-de Medikamente für chronische Erkrankungen wie Diabetes, Herzkrankheiten oder Asthma fallen unter die 3. Kategorie „voller Preis“.

Bei Krankheit erhält ein Arbeitnehmer nur 180 Kronen/Tag, max. 3600 Kronen/Monat (entspricht 55 % des Durchschnittslohns). Folge ist, daß viele krank zur Arbeit gehen oder Urlaub nehmen. Hier berät das Parlament gerade über eine ca. 20 %ige Anhebung, die aber zum größten Teil nur die Inflationsverluste ausgleichen würde.

### Direktoren

Die ostslowakischen Eisenhüttenwerke in Kosice mit ca. 30 000 Beschäftigten sind heute in 155 verschiedene Gesell-

schaften aufgespalten worden. Jede Gesellschaft hat Vorstände, Aufsichtsräte, Direktoren. Direktoren würden durchschnittlich das 50fache Jahreseinkommen eines Arbeitnehmers erhalten. Es gäbe Leute, die in 40 Aufsichtsräten säßen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung berichtete, daß der Anteil der Löhne und Gehälter an den Produktionskosten in der Slowakei bei 11-20 % liegen würde, zum Vergleich in Deutschland ca. 30 %.

### Das Tarifvertragssystem in der Slowakei

Die Gewerkschaften in der Slowakei arbeiten auf Grundlage des Arbeitsgesetzbuches und des Gesetzes über Kollektivverhandlungen.

Danach besteht das Recht der Gewerkschaften, im Betrieb Basisorganisationen mit eigenen Strukturen und Leitungs-Ausschüssen zu bilden. Der Ausschuß ist berechtigt, u. a. in Verhandlungen mit dem Management die Interessen der organisierten Mitglieder zu vertreten. Aus den Beiträgen ihrer Mitglieder können die Basisorganisationen die Freistellung z. B. ihrer Vorsitzenden für Betreuungstätigkeiten im Betrieb finanzieren. Die Gewerkschaften sind berechtigt, Verhandlungen um Kollektivverträge, in denen Arbeitsbedingungen und Entlohnung geregelt werden, auf zwei Ebenen zu führen:

a) auf Branchenebene

Die Metallgewerkschaft in der Slowakei hat Branchenkollektivverträge für

Fortsetzung nächste Seite



## Tarifabschluß bei Fiat gekoppelt an Ertrag, Produktivität ...

einbarung, wie sich die Löhne und Gehälter über die Laufzeit der vier Jahre bis Ende 1999 entwickeln werden. Klar ist nur, daß die Jahreseinkommen in 1996 um brutto 850 000 Lire (das sind im Monat ca. 80 DM) erhöht werden sollen. Die Lohnentwicklung der Jahre 1997 bis 1999 ist dann an vier betriebliche Faktoren geknüpft: Produktivität, Rentabilität sowie zwei Qualitätskennziffern (darunter die telefonische Abfrage der Kundenzufriedenheit).

Über die Lohnentwicklung nach diesen Faktoren darf nun spekuliert werden. Fiat hat äußerst optimistische „Projektionen“ vorgelegt, die über die Erfahrungswerte aus der Vergangenheit hinausgehen. Die Gewerkschaften FIM, UILM und FISMIC haben diese Einschätzungen übernommen. Modellrechnungen der FIOM liegen dagegen deutlich niedriger: Während Fiat die Erhöhung der Jahreseinkommen bis 1999 auf 1 800 000 Lire (ca. 1 640 DM) veranschlagt, kommt die FIOM gerade auf 1 350 000 Lire; das sind 74 % der Fiat-Schätzung.

Löhne und Gehälter entwickeln sich damit nicht mehr nach verbindlichen Festlegungen, die den Beschäftigten eine Kalkulation der Einkommensentwicklung ermöglichen. Die Entwicklung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft, die Teuerung, tritt in den

Hintergrund. Bilanzzahlen, Produktionskennziffern usw. entscheiden über die Lohnentwicklung. Bedenkenlose Loyalität gegenüber den Unternehmenszielen soll an die Stelle von solidarischem Handeln treten.

Eine Mehrheit der gewerkschaftlichen Delegierten (661 Ja bei 558 Nein und 19 Enthaltungen) hat sich dennoch für die Annahme des Ergebnisses ausgesprochen. Da mag die Einschätzung eine Rolle gespielt haben, daß die Verhandlungen ausgereizt waren und Kampfmaßnahmen vielleicht nicht zu einem wesentlich anderen Ergebnis geführt hätten. Außerdem dürfte die gute Fiat-Konjunktur noch Hoffnungen geähnert haben, die in Krisenunternehmen nicht aufgekommen wären. Die nötige Mindestzahl für einen Abschluß (670 Ja-Stimmen) wurde trotzdem

nicht erreicht. Die Gewerkschaft FIOM hat daraufhin die Einberufung gemeinsamer Mitgliederversammlungen gefordert, die in diesem Fall satzungsgemäß entscheiden müßten. Darauf wollten die anderen Gewerkschaften nichts wissen, sondern unterschrieben gleich.

Obwohl die Auflösung des Branchentarifs die Metall-Gewerkschaften in ihrer Existenz bedroht, haben sie dazu keine gemeinsame Position. Im Gegenteil, sie sind über das Ergebnis und den Verlauf der Fiat-Auseinandersetzung zerstritten wie seit langem nicht. Der linke Flügel, die FIOM, aber auch die neben den Gewerkschaften agierenden Basiskomitees (Cobas), bekämpfen diese Entwicklung, können sie aber gegenwärtig nicht aufhalten. (rok)

Quellenhinweis: *il manifesto*, verschiedene Ausgaben



Agnelli-Anwesen

**D**ie Tarifauseinandersetzung bei Fiat (s. Politische Berichte 4/96) ist zu Ende. Die vier verhandelnden Metallgewerkschaften haben bei unterschiedlicher Beurteilung des Ergebnisses - unterschrieben. FIM, UILM und FISMIC beurteilen das Ergebnis - ein faktisches Ultimatum des Fiat-Konzerns, der wohl rechtzeitig vor der Parlamentswahl am 21. April zu einem Abschluß kommen wollte - positiv. Die mehr linksstehende FIOM kritisiert das Ergebnis, hat aber auch keine andere Möglichkeit gesehen als zu unterschreiben.

Der Abschluß verlagert die Lohnentwicklung vom Branchentarif auf das Unternehmen. Diese Entwicklung hat sich in Italien seit Jahren angebahnt und ist auch in anderen westeuropäischen Ländern im Gange; auch in der BRD mit betrieblichen Sonderregelungen, Tarifflucht und einer Diskussion der Unternehmerverbände über die Zweckmäßigkeit von Branchentarifen. Hier dürfte das Beispiel Fiat interessiert aufgenommen werden.

Niemand weiß aus der 81seitigen Ver-

den Maschinenbau, das Hüttenwesen, die Elektroindustrie und für die Branchen Gießerei und Schmieden abgeschlossen.

#### b) auf Betriebsebene

Die Kollektivverträge auf Betriebsebene müssen nach Gesetz besser sein als der Branchenkollektivvertrag. Im Gesetz über Kollektivverhandlungen gibt es eine Klausel, wonach im Falle, daß mehrere Gewerkschaften im Betrieb existieren, diese Einigung über die Verhandlungsziele herzustellen haben. Die Gewerkschaft KOVO spricht von Mißbrauch dieser Klausel durch die Arbeitgeber. Vermittels von Minigewerkschaften (z.B. Christliche Gewerkschaft) würden Kollektivverträge umgangen werden, KOVO fordert deshalb eine Novellierung des Gesetzes dahingehend, daß die größte Gewerkschaft Verhandlungsführer ist.

KOVO sieht als größtes Problem die vielen kleinen Betriebsstätten, in denen keine Gewerkschaft existiert bzw. in denen die Gründung von Gewerkschaften von den Arbeitgebern bekämpft wird, und in denen größte Ausbeutung der Arbeitskraft herrsche. KOVO strebt hier die Bildung von Gebiets- oder Regionalgewerkschaften an.

Interessanterweise bestehen auch heute noch teilweise auf Ebene der früheren großen Kombinate einheitliche Betriebsgewerkschaften, die für alle Gewerkschaftsmitglieder, auch wenn sie mittlerweile verschiedenen Betrieben angehören, die Verhandlungen um einen einheitlichen Kollektivvertrag führen. Das ist insofern von großer Bedeutung, als z.B. gerade deutsche Konzerne in der Slowakei im Regelfall einzelne Betriebsteile aus früheren Kombinaten herauschnellen könnten.

Gesetzlich festgelegt ist, daß die Betriebe einen Sozialfonds in Höhe von 1 % der Lohn- und Gehaltssumme zur Verfügung stellen müssen. Auch gibt es gesetzliche Auflagen für Betriebskantinen, wonach die Arbeitgeber den Wert der Lebensmittel selbst erbringen und die Lebensmittel weiter verarbeiten müssen.

#### Die Transformation der Lohnhierarchie

In der alten realsozialistischen Lohnhierarchie gab es keine so starke Differenzierung der Einkommen wie in Deutschland. An der Spitze der Lohnhierarchie standen Spezialisten aus dem Handarbeitsbereich (Facharbeiter). Schwerarbeit wurde besonders prämiert.

Heute wird die Lohnhierarchie gespreizt und auf den Kopf gestellt. Es wird eine einheitliche Tarifskala für Arbeiter und Angestellte mit 12 Stufen angewandt. Arbeiter befinden sich in den Stufen 1 - 8, Angestellte in den Stufen 1 - 12. Sieht man davon ab, daß in der BRD zwei getrennte Lohn- und Gehaltsskalen angewandt werden, so dürfte von der absoluten Lohn- und Gehaltshöhe und den Relationen zwischen den Lohnstufen her eine Anpassung an die westliche Lohnhierarchie erfolgt sein. Von den slowakischen und tschechischen Gewerkschaften wurde davon gesprochen, daß die Unternehmen Angestellte durch eine beträchtliche Erhöhung der Gehälter auf ihre Seite gezogen hätten und Angestellte daraufhin aus der Gewerkschaft ausgetreten seien. Das wird als Methode, die Gewerkschaften zu schwächen, empfunden.

Wie die gewerkschaftliche Einheit und ein relativ hoher Organisationsgrad bei den Angestellten über diesen Transformationsprozeß hinweg von KOVO behauptet werden kann, ist sicher eine wesentliche Frage für die Entwicklung der Gewerkschaft.

(Quelle: cl Netz)

# Folter in Spanien

## Europarat legt Bericht vor

Anfang März wurde von der Antifolterkommission des Europarates der Bericht über die Menschenrechtssituation in Spanien und die Folter an Gefangenen veröffentlicht. Spanien war der einzige Staat, der die Veröffentlichung des Berichts bislang verweigerte. Dieser umfangreiche Bericht offenbart grausames und bestätigt alle Vorwürfe gegen den spanischen Staat.

So werden in den Kasernen und Gefängnissen der Guardia Civil Gefangene die mit ETA-Vorwurf festgenommen wurden, systematisch mißhandelt und gefoltert. Die Folterpraktiken gehen von Elektroden im Genitalbereich über Betäubungsgas bis zu Plastiktüten, die den Ausgelieferten bis kurz vor dem Erstickungstod über den Kopf gezogen werden. Gefangene werden mit Eisenringen an Betten und Tischen gefesselt, geschlagen und verbrüht. Die Aussagen von Folteropfern wurde in dem Bericht ausdrücklich für glaubwürdig erklärt. Bislang wurde immer versucht die Berichte als Propaganda aus dem ETA-Umfeld anzutun.

Doch offenbar dieser Bericht nicht nur die Folterpraktiken in Spanien, er zeigt zugleich die Komplizenheit der deutschen Behörden an der Folter. Der Bericht der deutschen Botschaft, vom letzten Jahr, der vom Außenministerium bestätigt wurde, macht dies deutlich. In knappen Sätzen wurde damals behauptet, es gäbe keine Erkenntnisse über Folter und Mißhandlungen in Spanien. Und wenn, stammten diese Berichte lediglich aus dem ETA-Umfeld und entbehren der Glaubwürdigkeit. Dies war zu

diesem Zeitpunkt bereits gelogen, da bereits Berichte der UN und von Amnesty International über die Folter in Spanien vorlagen. Doch im Interesse der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit, an der insbesondere die BRD Interesse hat und Vorreiter ist, wird auch Folter gedeckt. Auch das Berliner Kammergericht hatte im Auslieferungsverfahren von Benjamin Ramos Vega in seiner Entscheidung vom Dezember '95 alle Bedenken über die Folter Spanien vom Tisch gewischt, als es der Auslieferung bedingungslos zustimmte. Für die BRD ist die

auch auf öffentlichen Druck zurückzuführen. Dennoch bleibt trotz dieser Veröffentlichung ein bitterer Beigeschmack. Der Bericht wurde nur zwei Tagen nach der Wahl in Spanien veröffentlicht. Es ist also davon auszugehen, daß dieser Zeitpunkt nicht zufällig gewählt wurde und die politisch Verantwortlichen der Folterpraktiken vor der Wahl gedeckt werden sollten. Zudem geht der Bericht in Spanien bei den Diskussionen um eine neue Regierungsbildung innenpolitisch unter und führt damit nicht zu Konsequenzen.

Der Bericht der Antifolterkommission des Europarates wird auch für das weitere Auslieferungsverfahren von Benjamin Ramos Vega in Berlin eine wichtige Rolle spielen. Das Bundesverfassungsgericht, vor dem das Auslieferungsverfahren von Ramos Vega zur Zeit geprüft wird, hat sich die Unterlagen der Antifolterkommission bereits angefordert. Ein entscheidender Punkt, mit dem die Verfassungsklage von Ramos Vega begründet wurde, waren die Vorwürfe der Folter in Spanien, unter der die belastenden Aussagen gegen ihn zustande gekommen sind, sowie die Befürchtung, daß er selbst in Spanien im Falle einer Auslieferung der Folter ausgesetzt sein wird. Es bleibt zu hoffen, daß das Verfassungsgericht vor dem

Hintergrund dieser Fakten eine Entscheidung zugunsten von Ramos Vega fällt und nicht ebenfalls aus Opportunitätsgründen umfällt. Jedenfalls verbessert dieser Bericht seine Ausgangslage und bietet gewichtige Argumentationsgründe gegen eine Auslieferung.

Rote Hilfe Berlin



Auf einen Hungerstreik der politischen Gefangenen aus PCE(R) und GRAPO im Januar antwortete die spanische Regierung, durch die Kritik des Europarates unter Druck, zunächst mit Zusagen, die sie dann jedoch nicht einhielt. Am 15.2. nahmen die Gefangenen deshalb ihren Hungerstreik wieder auf. Bild: Solidarität-aktion in der BRD mit dem Hungerstreik 1989.

Veröffentlichung dieses Berichtes damit sowohl ein Schlag in Gesicht des Außenministeriums als auch des Kammergerichts, und sie zeigt, wie sich die BRD ganz offen zum Gehilfen der Folterknechte in Spanien gemacht hat.

Daß der Bericht des Europarates nun doch veröffentlicht wurde, ist zweifellos

# Schulterschluß Israel – Türkei

## Acht Militär- und Wirtschaftsabkommen abgeschlossen

Gleich acht Abkommen haben die israelische Regierung und das türkische Regime bei dem Besuch einer großen türkischen Delegation unter Staatspräsident Demirel Mitte März unterzeichnet. Das *Handelsblatt* schreibt: „Dieser umfassende Schulterschluß zwischen einem stark moslemisch geprägten Land und dem jüdischen Staat ist vor dem Hintergrund der dramatischen Veränderungen in Nahost und der Unterbrechung der Friedensverhandlungen zwischen Damaskus und Jerusalem von besonderer Bedeutung.“ Mit anderen Worten: Das Abkommen richtet sich u.a. gegen Syrien, das im Süden an Israel grenzt, im Norden an die von der Türkei kontrollierten kurdischen Gebiete. Aber nicht nur gegen Syrien. Das Abkommen richtet sich auch gegen die kurdische Bevölkerung und ihren Befreiungskampf gegen das türkische Regime. „Unter den Verträgen, die der türkische Vize-Generalstabschef unterzeichnet, ist auch ein Abkommen zur Schaffung einer regionalen strategischen Arbeitsgruppe ... Ankara und Jerusalem einigten sich darüber hinaus auf die Intensivierung des gegenseitigen Informationsaustausches der Sicherheitsdienste beider Länder. Israel wird bei der Ausrüstung türkischer Mi-

litär- und Grenzschutztruppen, die in südöstlichen Landesteilen zum Einsatz kommen, behilflich sein. Außerdem wurde vereinbart, daß die Israel Aircraft Industry 54 Phantom F4E-Maschinen der türkischen Luftwaffe umrüsten und modernisieren wird.“

Mit anderen Worten: Das israelische Militär beteiligt sich an der Ausbildung und Ausrüstung der türkischen Spezialtruppen, die gegen den kurdischen Befreiungskampf eingesetzt werden. Der israelische Geheimdienst hilft bei der Ausbildung der türkischen Folterer. Die Türkei bezahlt mit kurdischem Wasser: „Einen hohen Stellenwert erhält jetzt das (türkische, Anm. d. Red.) Südostanatolien-Projekt, das die Errichtung von Staudämmen (in kurdischen Gebieten, Anm. d. Red.) zur Erweiterung fruchtbare Anbaugebiete vorsieht... Im Gespräch sind auch Pläne, 75 bis 100 Mill. cbm Süßwasser pro Jahr aus der Türkei durch eine Pipeline oder in besonderen Behältern nach Israel zu transportieren“, schreibt das *Handelsblatt*. Die „besonderen Behälter“ werden Schiffe sein, denn die Wassermenagen, die das türkische Regime den kurdischen Bauern rauben will, hält es auch der syrischen Landwirtschaft durch die Stauung von Euphrat- und Tigris-Wa-

ser vor. Unter solchen Umständen ist kaum damit zu rechnen, daß die syrische Regierung ruhig zusehen wird, wie Wasser, das sonst der syrischen Landwirtschaft zur Bewässerung entlang Euphrat und Tigris dient, jetzt in der Türkei gestaut und dann per Pipeline nach Israel geliefert wird.

Schon fast zynisch mutet es da an, wenn die Zeitung berichtet, daß israelische Touristen jetzt die türkischen „Bettenburgen und Spielkasinos“ füllen. 1995 kamen bereits 303 000 Touristen aus Israel in die Türkei, der Luftverkehr zwischen beiden Staaten habe dadurch „enormen Auftrieb“ gehabt.

Neben dem türkischen Regime, dem Regime Saddam Husseins und den iranischen Mullahs, der NATO in Gestalt der US-„Schutztruppe“, die angeblich die Kurden vor Saddam schützen soll, in Wirklichkeit ihre Guerilla für die türkische Armee ausspäht, hat es der kurdische Befreiungskampf damit also jetzt auch noch mit dem israelischen Militär und dem israelischen Geheimdienst zu tun. Alle Mächte des Rückzugs im Nahen Osten scheinen sich gegen das kurdische Volk verschworen zu haben, um seinen Befreiungskampf niederzuwerfen.

Quelle: *Handelsblatt*, 22. März 1995

# Warum solche Aufregung über den Dumabeschluß, die Auflösung der UdSSR für ungültig zu erklären?

von Prof. Ernst Laboor

Am 15. März hat die russische Staatsduma auf Initiative der kommunistischen Fraktion mit 250 gegen 98 Stimmen die am 12. Dezember 1991 erfolgte Zustimmung des Obersten Sowjets zu der von den Präsidenten Rußlands, der Ukraine und Belorusslands ausgesprochenen Aufkündigung des Vertrages über die Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken von 1922 für ungültig erklärt. Mit 252 gegen 33 Stimmen und 5 Enthaltungen bestätigten die Volkswertreter die Resultate des Referendums vom 17. März 1991, in dem sich die Mehrheit der wahlberechtigten Bürger der Sowjetunion für die Erhaltung des sowjetischen Unionsstaates als einer erneuerten Föderation gleichberechtigter souveräner Republiken ausgesprochen hatte, in der die Rechte und Freiheiten des Menschen einer jeden Nationalität in vollem Maße gewährleistet sein sollten. Daß die Machthaber in allen Nachfolgestaaten der UdSSR protestieren werden und dabei der Unterstützung ihrer Standesgenossen aus dem Westen gewiß sein durften, werden die Initiatoren vorausgesehen haben. Aber auch in Kreisen der europäischen Linken – darunter auch in der PDS – wird Unverständnis, gar Entsetzen über diesen Schritt der russischen Kommunisten geäußert.

Was ist geschehen? 1991 gingen regionale Kräfte, daran, den sowjetischen Unionsstaat zu demonstrieren, um ihre Macht zu installieren. Boris Jelzin war ihr sichtbarster Repräsentant. In dem genannten Referendum wandten sich 76,4% der Wahlberechtigten der SU und 71,3% der Abstimmenden in Rußland bei einer Wahlbeteiligung von 80,0% bzw. 75,4% gegen diese Pläne und bekundeten ihren Willen, in der Sowjetunion weiter leben zu wollen. (In den baltischen Republiken hatte sich die große Mehrheit für eine Sezession entschieden). Nachdem sich Jelzin unter Ausnutzung der Lage an die Macht geputscht hatte, demonstrierte er am 8. Dezember im Bunde mit seinem Kiewer und Minsker Kollegen in der sogenannten Belowescher Vereinbarung seine Mißachtung der Volksentscheidung. Sie setzten gegen den erklärten Willen des Volkes den Unionsvertrag von 1922

außer Kraft und bildeten den slawischen Dreierbund und am 21. Dezember in Alma Ata gemeinsam mit weiteren elf Regierungschefs die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). In Moskau ratifizierte der Oberste Sowjet am 12. Dezember die Abmachung der slawischen Präsidenten – ein doppelter Verfassungsbruch. Drei Präsidenten hatten kein Recht, einen Staat und damit auch seine Verfassung zu liquidieren, den sie gar nicht vertraten und der selne eigene – wenn auch miserable – Repräsentanz besaß. Denn entsprechend der russischen Verfassung stand es nicht dem Obersten Sowjet, sondern ausschließlich dem Volksdeputiertenkongress zu, über das Schicksal des Staates zu entscheiden. Der aber wurde absichtlich übergangen, seine Zustimmung wäre mehr als ungewiß gewesen.

Die Euphorie, die viele glauben machte, daß die Trennung von dem von Michail Gorbatschow erbarmungswürdig repräsentierten Unionszentrum günstigere Startbedingungen in eine neue Etappe der nationalen Entwicklung schafft, ist nach dem Zusammenstoß mit den harten Realitäten des täglichen Lebens schon längst verflogen. Nicht in erster Linie Nostalgie, sondern nüchterne Einsicht in die Vorzüge einer historisch gewachsenen Arbeitsteilung zuerst im alten russischen Imperium und dann vor allem in der Sowjetunion, in die Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens der vielfach ökonomisch, geopolitisch, kulturell, familiär und anderweitig verbundenen Völker in diesem gewaltigen Raum haben nicht nur in Rußland eine verbreitete Stimmung erzeugt, die ganz allgemein auf Reintegration zielt und bei einer immer größer werdenden Teil der Bevölkerung auf die Errichtung eines Unionsstaates, der aber die schlimmen Defizite der UdSSR nicht wiederholen soll.

Worüber also ist man entsetzt? Die Aktion der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation im Parlament könnte die politische Lage im Lande am Vorabend der Präsidentenwahlen dramatisch zuspitzen. Gewiß war der offensive Schritt mit Risiken verbunden. Aber es bedurfte seiner nicht, allen Sei-

ten klar zu machen, daß es bei der Präsidentenwahl um eine generelle Richtungsentscheidung über die künftige Entwicklung Rußlands geht. Macht und Opposition sind im Kampf um die Präsidentschaft zum Äußersten entschlossen. Brisante Fragen umgehen, stillhalten hieße, politisches Terrain zu verspielen. Der Dumabeschluß bietet dagegen die Chance, den dem Volke als Hauptshuldigen an der Zerschlagung der UdSSR zu zeigen, der mit allen Mit-

grammatischen Erklärungen unverrückbar für die etappenweise Wiederherstellung eines erneuerten sowjetischen Unionsstaates auf ausschließlich freiwilliger Grundlage eingetreten. Bereits am 18. März 1994 hat Anatolij Lukjanow beantragt, die Aufhebung des Ratifizierungsbeschlusses des Obersten Sowjets auf die Tagesordnung zu setzen. Die KPRF hat rund zehnmal den gleichen Antrag gestellt, zuletzt auf der letzten Sitzung der ersten Duma. Die



Die beabsichtigte NATO-Osterweiterung bedroht Rußland. Besonders brennend sind die Versuche insbesondere der USA und der BRD, festen Fuß in der Ukraine zu fassen. Zwischen Rußland und der Ukraine gibt nach wie vor Konflikte u.a. über die Krim. Bild: Minister Rühe bei der ukrainischen Armee.

teln seinen Platz auf dem Präsidentenstuhl erhalten will, und zu demonstrieren, daß die Kommunisten politische Ziele nicht nur vor den Wahlen verkünden, sondern sie auch durchzusetzen versuchen. Die Dumawahlen haben gerade davon Zeugnis abgelegt, daß die Wähler nur jene Parteien unterstützen, die ihre politischen Aussagen präzise formulieren und bei ihrer Umsetzung in die Praxis Beständigkeit an den Tag legen.

Allein die Ankündigung, daß das Thema der Aufhebung der Belowescher Vereinbarung auf die Tagesordnung der Duma gesetzt wird, brachte Jelzin in Zugzwang und veranlaßte ihn zu risikanten, weil durchschaubaren Täuschungsmanövern. Am 14. März versuchte er, sich in einem bestellten und zur besten Sendezeit ausgestrahlten Fernsehinterview als Verteidiger der Sowjetunion hinzustellen. Er hatte die Stirn zu behaupten, er habe beim Referendum für die Erhaltung der Sowjetunion gestimmt und die Kommunisten schoben das Problem nur aus Gründen der politischen Konjunktur während der Wahlkampagne in den Vordergrund.

Die Tatsachen, die Jelzin aus dem Gedächtnis tilgen möchte, sprechen eine andere Sprache. Anfang 1991 waren er und die Bewegung „Demokratisches Rußland“ die eifrigsten Agitatoren gegen die Sowjetunion. In seiner Rede vom 9. März 1991 im Zentralen Haus des Kinos wetterte Jelzin gegen das Zentrum des Unionsstaates und drückte die Hoffnung aus, die Bewegung „Demokratisches Rußland“ möge sich zu einer mächtigen, organisierten Partei entwickeln, und rief diese geradeheraus dazu auf, beim Referendum mit „Nein“ zu stimmen. Auf dem III. Volksdeputientenkongress – schon nach dem Referendum – forderte Jelzin bereits einen Bund souveräner Staaten.

Die KPRF ist dagegen seit ihrer Gründung Anfang 1993 in allen ihren pro-

Zahl der sie unterstützenden Abgeordneten ist in diesem Zeitraum von anderthalb Jahren von 176 auf 209 gewachsen. Nun hat sie die Chance genutzt, eine Mehrheit der Abgeordneten (mindestens 226 Stimmen) zu gewinnen, und sie war erfolgreich.

Man hat das Vorgehen der KPRF als fast so einseitig und selbstherrlich wie das der drei slawischen Präsidenten genannt. Aber der Beschuß der Duma ist eine politische Willenserklärung. Er ist kein Gesetz und schafft noch keine neuen rechtlichen Gegebenheiten, legt aber Grundlagen, künftig solche zu gestalten. Und schon erörtert das Parlament der Ukraine die gleiche Frage. Noch bleiben die ukrainischen Kommunisten erfolglos wie die russischen in der Duma. Aber der Beschuß eröffnet reiche Möglichkeiten, ihre Position zum erneuerten Unionsstaat und zu den Wege dahin einer aufmerksam gewordenen Öffentlichkeit darzulegen. Dazu gehört auch, daß sie die Bemühungen der russischen und der belarussischen Führung um eine stärkere Integration als Schritt in die richtige Richtung unterstützen.

Die Liberaldemokraten stimmten in der Duma für den kommunistischen Antrag, versuchten aber zugleich, die Schuld für den Untergang der Sowjetunion von Jelzin auf dessen früheren Vertrauten Anatolij Tschubai abzuwälzen, von dem sich der Präsident inzwischen distanziert hat.

Die KPRF hat deutlich gemacht, daß ihre politischen Ziele ernst gemeint sind und mit der Bewerbung Gennadij Sjagows um das Präsidentenamt, der Versuch unternommen wird, sie zu verwirklichen. Der Dumabeschluß traf Volkes Meinung. Er könnte Ausgangspunkt einer Volks- und Völkerbewegung hin zu einem erneuerten Staatenbund werden – weit über die Wahlbewegung hinausgreifend.



Zu der Demonstration gegen den Krieg gegen Tschetschenien hatte die Kommunistische Partei aufgerufen. Bild: Demonstranten vergleichen Jelzin mit Hitler.

# Deutsche Täter nicht erwünscht

## Der gescheiterte Versuch, Opfer zur Täterin zu machen

Hattingen. Am 19. März sprach das Essener Landgericht Frau Ü. vom Vorwurf der schweren Brandstiftung frei. Bis zuletzt hatte die Staatsanwaltschaft behauptet, sie hätte am 5. 6. 1993 – eine Woche nach den Morden in Solingen – ihr Haus in Hattingen, in dem sie in dieser Nacht zusammen mit ihren drei Kindern schlief, selbst in Brand gesteckt. Schon im Ermittlungsverfahren gab es keinerlei Beweise. Im Prozeß bestätigte sich dies. Das Gericht stellte fest, daß es bei ihr weder ein Motiv noch sonstige konkrete Anhaltspunkte für eine solche Tat gab und sie deshalb eindeutig freizusprechen war. Es stellte weiter fest, daß nach den gefundenen Spuren Fremdtäter ins Haus gelangen und die Brände legen könnten.

Trotz der Beweissituation wollte die Staatsanwaltschaft eine Verurteilung durchsetzen und stellte den Brand als Inszenierung von Frau Ü. dar. Das unterstellte Motiv: Sie wollte mit dem Brand die Rückkehr in die Türkei gegenüber ihrem Mann durchsetzen, weil sie sich nach Solingen hier nicht mehr sicher fühlte. Diese zynische Argumentation bedarf keiner Kommentierung.

Es stellt sich die Frage, warum ist es überhaupt zum Prozeß gekommen? Warum konnte der Vorwurf über 2 1/2 Jahre aufrechterhalten werden? Warum ist gegen die Ermittlungen so wenig protestiert worden?

Rufen wir uns die gesellschaftliche Situation im Mai / Juni 1993 ins Gedächtnis zurück. Nach Solingen stiegen die Brandanschläge von 33 im Mai auf 76 im Juni 1993 an. Die Zahl der Straftaten aus dem Motiv Ausländerhaß stieg von 400 im Mai auf 1 307 im Juni (Bundeskriminalamt vom 29. 7. 1993). Gesellschaftlich wird seit 1990 offensiv Vertreibung und Deportation gefordert. Äußerungen, die in den 70er und 80er Jahren noch mit einem Tabu belegt waren, werden heute freimüdig formuliert. Menschen mit rechter Gesinnung fühlen sich wie Fische im Wasser.

In der Mobilisierung zum Prozeß machte die Prozeßgruppe zum Fall Hattingen die Erfahrung, daß auch Gruppen, die diese Entwicklung kritisieren und wegen Unterstützung angesprochen wurden, Veranstaltungen nicht durchführten, weil die „Widersprüche“ zu groß seien. Es gab kein Interesse oder Vorbehalt, die Einseitigkeit der Ermittlungen öffentlich zu machen und politisch zu diskutieren. Zu wissen, daß die Polizei bei Brandanschlägen keine deutschen Täter finden will (80% als fremdenfeindlich erkannte Brandanschläge werden nicht aufgeklärt), wäre mit einer eigenen politischen Verantwortung verbunden, sich gegen diese Entwicklung zu stellen. Die deutsche Bevölkerung will – bis weit hinein in sog. fortschrittliche Kreise – von der eigenen Verantwortung losgesprochen werden und die Klärung allein der Justiz überlassen.

Dieses Entlastungsbedürfnis, das mit unserer Geschichte des Nationalsozialismus zu tun hat, schlug sich in diesem Verfahren in vielen Details nieder: In den konkreten Formen der Ermittlungen der Polizei, in der Presseerklärung der Essener Staatsanwaltschaft zu Hattingen 10 Tage nach dem Brand, in der Frau Ü. zur Täterin gestempelt wurde, und im Schweigen der Mehrheit.

Ohne diesen Entlastungswillen wären Frau Ü. fast drei Jahre Angst, falsche Beschuldigung, Ausgrenzung und Vertreibung aus Hattingen erspart geblieben. Hattingen zumindest war ganz begierig darauf, diese Täterkonstruktion als Wahrheit aufzusaugen.

### Nach Rechts nicht ermittelt

Zurück zum Prozeß: Der Chefermittler der Hagener Sonderkommission, die sich mit fremdenfeindlichen Anschlägen beschäftigt, Herr Neufeld, vermittelte im Prozeß seine persönliche Haltung zum Brandanschlag und erklärte den Ermittlungsgang. Die Verteidigung

hatte ihm Einseitigkeit vorgeworfen, v. a. Ermittlungen in die rechte Szene nahezu völlig unterlassen zu haben. Neufeld versuchte seine zweigleisige Bearbeitung – Innentäter und Fremdtäter – darzustellen, was ihm nicht gelang. Nachdem am Morgen nach dem Brand alle von einem Brandanschlag ausgingen, „wollte“ er dieser Tendenz „die Spitze nehmen“, sagte er wörtlich:

Es stellte sich heraus, daß Neufeld in seinen Vernehmungen versucht hatte, Frau Ü. mit falschen Vorhaltungen und starkem psychischem Druck zwei Stunden lang zu einem Geständnis zu „zwingen“. Frau Ü., die keinerlei Erfahrungen mit, noch Kenntnisse über Polizei und Ermittlungsbehörden besaß und ohne anwaltliche Beratung war, widerstand diesem Druck, unterschrieb nichts und blieb bei ihrer Aussage, daß sie das Feuer nicht gelegt hat.

Noch am letzten Prozeßtag wurde durch die Polizei ein Zeuge präsentiert, der das Ruder herumreißen sollte. Wenn nicht Frau Ü. Täterin sein konnte, dann zumindest ein anderer Türke. Dem Zeugen, einem Feuerwehrmann, der den Brand mit gelöscht hatte und sich hierzu vor Gericht kaum noch an Einzelheiten erinnern konnte, war danach noch etwas ganz Wichtiges eingefallen: Nach 2 1/2 Jahren erinnerte er sich zum ersten Mal daran, daß ihn ein Türke aufgefordert hätte, auch einen Brand im Keller des Hauses zu löschen. Dies konnte ein Außenstehender zu dieser Zeit nicht wissen.

Brisant war diese angebliche Information, weil sie einen Türken mit Tätern in den Prozeß einführte. Dabei setzte sich der Zeuge in Widerspruch zu seinen früheren Aussagen. Alle, die im Gericht saßen, bewerteten die unglaubliche Geschichte als dilletantischen Versuch, zur Entlastung deutscher Täter beizutragen. Sie erinnert an den Prozeß zu Solingen, als in einer eidesstattlichen Erklärung behauptet wurde, türkische Täter hätten den



Foto af/mz

Brand gelegt. Und sie erinnert auch an Lübeck.

Bei dem Brandanschlag am 18. Januar 1996 in Lübeck führte die Aussage eines Sanitäters zur Verhaftung von Safwan E. Dutzende von entlastenden Aussagen der Flüchtlinge werden von den Ermittlungsbehörden abgetan.

Immer neue Konstruktionen müssen herhalten, um die weitere Haft von Safwan zu rechtfertigen. Auch hier dürfen es keinesfalls deutsche Täter sein. Safwan E. ist selbst den Flammen entkommen, rettete noch andere und soll jetzt lebenslang hinter Gittern verschwinden.

Wer meint, die deutsche Justiz würde es schon richten, unterstützt das rassistische Verfolgungsinteresse. Der rassistische Konsens in der Gesellschaft, der in Hattingen die Anklage ermöglicht hat, darf sich in Lübeck nicht wiederholen.

Prozeßgruppe Hattingen, aus Lokalberichte Essen

# UNBEQUEM

Schwerpunktthema:  
Gewalt gegen Frauen



### Und ...

- Fragwürdiges Heidentum
- Polizei und Fremde
- Spritzen im Knast
- Buchkritik und -Ups

Die Zeitung der Bundesarbeitsgemeinschaft Krisenschutz Polizistinnen und Polizisten ist zu bozichen über:  
GNV Verlag  
Zölpicher Straße 7  
50674 Köln  
Telefon 0221-21 21 58  
Fax 0221-21 53 73

### Kanther muß sich erneut mit dem Fall Simsek befassen

Augsburg. Wie erst im März bekannt wurde, beschloß der Bundestag am 1. Februar, die Petition zugunsten der Familie Simsek an das Bundesinnenministerium sowie das Bundesamt für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu überweisen. „Wir erwarten jetzt, daß der Bundesinnenminister der Familie die Rückkehr in die Bundesrepublik ermöglicht,“ erklärte daraufhin Pfarrer Peter Brummer, der Frau und Kinder von Fariz Simsek zusammen mit vielen Steppachern bis zu ihrer Ausreise nach Holland im Kirchenasyl unterstützt hatte.

„Es wird allzu leichtfertig mit dem Schicksal, der körperlichen Unversehrtheit und dem Leben eines Menschen umgegangen,“ so lautet die Kritik des Bundestags nach Behandlung der Petition. Es sei nicht festzustellen, daß der Kurde seine Erlebnisse in der Türkei vage und widersprüchlich geschildert habe. „Äußerst fragwürdig“ erscheine auch, daß die von Simsek vorgelegten Beweismittel Fälschungen seien, der ablehnende Bescheid des Bundesamtes sei zu pauschal und stehe im Widerspruch zur Genfer Flüchtlingskonvention.

Das bayerische Innenministerium behauptet aber weiterhin, man könne da überhaupt nichts ändern, denn „die Ausreise von Fariz Simsek ist in über zehn gerichtlichen Verfahren bestätigt worden.“ Man will nichts ändern, deshalb beschäftigt man sich mit dem Votum des Petitionsausschusses einfach nicht. Dieser hat ja gerade kritisiert, daß die vielen Gerichtsentscheidungen immer wieder auf die gleiche asylrechtliche Entscheidung des Bundesamtes zurückgreifen. Diese asylrechtliche Entscheidung greift der Ausschuß an. Es ist das erste Mal, daß sich der Petitionsausschuß so detailliert mit einem Verwaltungsakt des Bundesamtes auseinandersetzt. Wenn das Bundesamt seine Entscheidung nach dieser Kritik ändert, kann die Familie Simsek asylrechtlich anerkannt werden.

### Veranstaltung zur Situation der Frauen in Kurdistan

Schweinfurt. Im voll besetzten Gemeindesaal der Dreieinigkeitskirche begrüßte Pfarrer Rainer Oechsen über 100 BesucherInnen, darunter erfreulich viele deutsche Frauen, und drückte seine Solidarität mit den berechtigten Anliegen des kurdischen Volkes aus. Dann be-

## Nun reicht's

**GEW und SchülerInnenkammer bereiten Aktionen vor**

Hamburg. Die Unruhe im Bildungsreich kocht hoch: SchülerInnen verlieren ihre gewohnten LehrerInnen, weil 500 Lehrkräfte nur aus Einsparungsgründen zwangsläufig von einer Schule an die andere teilmugesetzt werden, das heißt sie müssen zwei bis neun Stunden in einer Schulart unterrichten, für die sie nicht ausgebildet wurden. So finden sich denn Lateinlehrer der gymnasialen Oberstufe plötzlich in der Unterstufe wieder. Trotzdem fällt Unterricht aus, wird nach veralteten Lehrbüchern – viele sind mittlerweile 10 Jahre im Gebrauch! – oder überholten Landkarten und Atlanten erteilt: Da sind Staaten verzeichnet, die gibt es gar nicht mehr! Die Schulgebäude in Hamburg haben einen Renovierungs- und Erweiterungsbedarf von 2 Mrd. DM – weil 15 Jahre am Schulbau gespart wurde. Die Auslese wird, z.B. durch Anhebung von Zensurenhindernissen wie in der Handelschule, verschärft. Berufstätige Eltern müssen wählen, ob sie ihr Kind im Kindergarten oder der Vorschule anmelden – denn sogenannte „Doppelnutzer“ soll es aus Kostengründen nicht mehr ge-

ben. Bisher konnte die alleinerziehende Mutter entscheiden, daß ihr Kind sowohl die Vorschule wie anschließend den Kindergarten besuchen konnte. Dies alles Folgen der Kürzungen im Bildungsetat.

Darum ist es gut, daß nun SchülerInnen und LehrerInnen auf die Straße gehen wollen, um ihre Forderungen zu präsentieren. Wie in Berlin, wo kürzlich 5000 demonstrierten, und wie in Bremen, wo 3000 SchülerInnen auf die Straße gingen, werden am 3. April von der GEW und der SchülerInnenkammer SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern aufgerufen, für mehr Schulqualität und einen entsprechenden Bildungsetat auf den Rathausmarkt zu ziehen.

In Potsdam, in Leipzig und Kassel – überall haben vor allem SchülerInnen die Initiative ergriffen, um öffentlichen Protest anzumelden. Sie verdienen die Unterstützung aller Linken, finden sie doch nicht mit dem angeblichen Sachzwangargument ab, es sei kein Geld da.

*Horst Bethge, gekürzt aus: Lokalberichte Hamburg*

## Die Firma zeigt Nervosität

### „Boykottiert Shell“ Aktion in Köln

Köln. Mitte März fand eine Veranstaltung der Anti-Shell Kampagne / Kölner Südafrikakomitee statt. Schon im Vorfeld erreichten die OrganisatorInnen ein Schreiben der Firma Shell, in dem sie versuchte klarzumachen, daß sie mit den Hinrichtungen des Schriftsteller Ken Saro Wiwa und seinen Freunden in Nigeria nichts zu tun hat.

Die Veranstaltung war mit 70 TeilnehmerInnen, darunter auch eine Reihe NigerianerInnen, gut besucht. Der Vertreter der nigerianischen Opposition, Peter Donatus, referierte die Geschichte der Auseinandersetzung der Ogonis mit der Firma Shell und dem nigerianischen Militärregime. Der Journalist G. Bergsträsser, der sich bereits mehrere Male

im Fördergebiet aufgehalten hatte, lieferte viele Fakten, die das kriminelle Engagement von Shell verdeutlichten.

In der folgenden Diskussion outete sich ein Teilnehmer mit den Worten: „so viel Scheisse habe ich schon lange nicht über meine Firma gehört“ – als Vertreter von Shell nahm dann an der weiteren Diskussion, trotz Widerstände einiger anderer Besucher, schlecht und recht teil. Gegen Ende des Abends war vorgesehen, die nächsten Aktionen gegen Shell abzusprechen. An diesem Punkt wurde die Forderung, daß der Vertreter von Shell bei aller Pluralität nun verschwinden müsse, unüberhörbar.

*resch, gekürzt, Lokalberichte Köln*

### Odins Rache brachte fünf Menschen um

Wuppertal. Er sah sich von „Germanengott Odin zur Rache berufen“. Er war aber offenbar auch durch die Schwarzen Listen „Einblick“ inspiriert, jene nazistischen Mordlisten, die „für mehrere Jahre“ angelegt sind, um denen nach dem Leben zu trachten, die den Faschismus heute öffentlich machen: „Wir werden tunlichst vermeiden, zur Gewalt im Sinne von Körperverletzung, Tötungen usw. gegenüber unseren Gegnern aufzurufen. Jeder von uns muß selbst wissen, wie er mit dem ihm hier zugänglich gemachten Daten umgeht.“

Thomas Lemke, 27jähriger Arbeitsloser aus Gladbeck, ging so damit um: Er erschoß seinen 26jährigen Freund Martin Kemming aus Dorsten, der als Aussteiger aus der Neonazisszene eine vierköpfige Todesliste für den Raum Gladbeck anführte. Martin Kemming hatte Neonazis geoutet. Da traf ihn Odins Rache, deren Vollstrecker, „Thomas L., bei seiner Lebensgefährtin im sauerländischen Altena festgenommen wurde“, wie die Polizei Recklinghausen mitteilte.

Martin Kemming war nicht das einzige Opfer. Mindestens vier weitere Menschen hat Thomas Lemke auf dem Ge-

## Safwan Eid weiter in Haft

### Rassistische Windungen und Wendungen der Justiz

Hamburg. Wir veröffentlichen eine Pressemitteilung der „AG zu antirassistischen Ermittlungen beim Antirassistischen Telefon“ Hamburg vom 20. März 1996. An diesem Tag fand der Haftprüfungstermin gegen den libanesischen Flüchtlings Safwan Eid statt, gegen den die Staatsanwaltschaft unerträglich einsetzte und vorurteilsbeladen wegen des Brandes in der Asylbewerberunterkunft in der Lübecker Hafenstraße ermittelt.

#### *Haftbefehl gegen Safwan Eid wurde umgestellt*

Um das zusammengebrochene Konstrukt der Staatsanwaltschaft zu retten, hat der zuständige Untersuchungsrichter den Haftbefehl gegen Safwan Eid im heutigen Haftprüfungstermin geändert: Der Beschuldigte Safwan soll Benzin „im rechten Gang des I. OG“ ausgeschüttet und angesteckt haben; gesichert sei nicht mehr die unterstellte Brandlegung vor der Tür von Gustave Sousou.

Safwan Eid soll diesen Brand nicht alleine gelegt haben, sondern „mit anderen“; diese anderen sind nicht genannt; die Ermittlungen werden erneut aufgemacht gegen alle BewohnerInnen des Hauses.

Sein/Ihr Motiv für die Tat sei ein Streit „mit irgend jemand aus dem Haus“ gewesen; diese Person(en) werden nicht genannt: Den Spekulationen in alle Richtungen wird erneut Raum gegeben.

Er/Sie hätten nicht unbedingt mit Mordabsichten gehandelt, aber gewußt, was sie tun, und damit den „Tod billigend in Kauf genommen“. Die Staatsanwaltschaft redet von „Eventualvorsatz“. Damit findet die Linie rassistischer Ermittlungen, die unter den Opfern jetzt erneut die Täter sucht, ihre Fortsetzung.

#### *Alte Unterstellungen werden fallengelassen*

Keine Rolle spielt mehr der unterstellte eifersüchtige Streit um eine Frau zwis-

schen Safwan Eid und Gustave Sousou. Staatsanwaltschaft und Gericht gestehen die Haltlosigkeit dieser leeren, aber wirksamen demoralisierenden Behauptung nicht ein.

Keine Rolle spielt mehr das angebliche Eingeständnis seiner Schuld aus den rechtswidrig aufgezeichneten Gesprächen zwischen Safwan und seinem Bruder Bilal. Noch vor zwei Wochen sollten sie – als vorläufig letzter Rettungsanker – das Konstrukt halten.

Keine Rolle spielt mehr das konstruierte sogenannte Täterwissen des Beschuldigten Safwan Eid. Diese Konstruktion widerspricht mittlerweile zu eindeutig dem eigenen Landeskriminalamt-Gutachten zur Entstehung und Ausbreitung des Brandes, das Safwan entlastet.

#### *Brandgutachten soll nachgebessert werden*

Das Brandgutachten, das den Beschuldigten belasten sollte, hat festgestellt, daß kein Brandbeschleuniger im ersten Obergeschoß zur Brandlegung verwandt wurde.

Auch die lückenlos untersuchte Kleidung Safwan Eids weist keine Spuren von Benzin oder anderen brennbaren Flüssigkeiten auf.

Das Gegengutachten, das von Professor Achilles für Monitor erstellt wurde, widerlegt ebenfalls die Version der vorsätzlich belastenden Ermittlungen gegen Safwan Eid; demnach ist der Brand im Erdgeschoß gelegt worden und hat sich über die Holzverbindung ins erste Obergeschoss hochgefressen.

Das hältlose Landeskriminalamt-Gutachten soll daher durch ein Ergänzungsgutachten des Landeskriminalamts nachgebessert werden, um die Widersprüche zur Entstehung und Ausbreitung des Feuers auszuräumen.

Das Bundeskriminalamt (BKA) in Karlsruhe soll durch eine Computersimulation den Brand nachstellen, um die Version der Staatsanwaltschaft zu stützen.

*gekürzt aus:  
Lokalberichte Hamburg*

gann die Referentin Heidi Lankisch, eine unabhängige Journalistin, mit ihrem Vortrag über die Situation der Frauen in den vier Teilen Kurdistans.

In Nordkurdistan bestimmt der Krieg das Leben der Frauen. Sie leiden am meisten darunter. Die türkische Armee vernichtet die Dörfer und vertreibt die Menschen. Diese fliehen in die türkischen Großstädte. Hier finden die Frauen in der Regel keine Arbeit und sind voll von ihren Ehemännern abhängig. Sie sind ans Haus gefesselt undfüllen nur ihre Mutterrolle aus. Einige Frauen gehen deshalb zur Guerilla, weil sie dort die meisten Chancen haben, gleichberechtigt neben den Männern zu leben. Fallen sie der türkischen Armee in die Hände, werden sie wie Kriegsbeute behandelt.

In Südkurdistan, d.h. im autonomen Gebiet Nordirak zeigen sich ansatzweise Möglichkeiten, jedoch durften die Frauen, z.B. bei den letzten Wahlen nicht mitwählen.

Etwas besser ist die Lage der Frauen im syrischen Teil, dort herrscht etwas mehr Liberalismus.

Insgesamt besteht wohl in allen Teilen Kurdistans für die Frauen nur die Chance, sich noch stärker in die Politik einzumischen und ihre Rechte geltend zu machen.

wissen: Die Mordserie begann im Juli 1995, als die 25jährige Dagmar K. aus Dortmund umgebracht wurde. An der Tat beteiligt gewesen sein soll auch seine Lebensgefährtin Bianka W. (25). Dagmar mußte sterben, weil die Gefahr bestand, daß sie den mit Haftbefehl gesuchten Lemke verraten könnte ...

Motiv für die nächste Bluttat im Herbst 1995: Lemke wollte einmal einen Schwarzen erschießen ... Im Februar 1996 in Bergisch Gladbach wurde eine weitere Mordtat begangen, diesmal gemeinsam mit dem Kumpf Marcel M., mit dem zusammen der Mörder die alleinstehende Patricia Wright aufgesucht hatte. Die 22jährige wurde mit 91 Messerstichen im Rücken aufgefunden. Ihr „Verbrechen“: Sie hatte einen Aufkleber „Nazis raus“ auf ihrer Kleidung.

Der am Sonntag in Altena von einem Riesenaufgebot an Polizei festgenommene schwerbewaffnete Lemke hatte seinen letzten Mord begangen, nachdem sein früherer Gesinnungsgeosse Martin Kemming nicht bereit war, eine in einem noch nicht abgeschlossenen Gerichtsverfahren gemachte Aussage zurückzunehmen, die Lemke schwer belastete.

Lemke ist ein alter Bekannter in den NRW-Justizvollzugsanstalten und in den Neonaziorganisationen. Er gehörte

der DVU des Herrn Dr. Frey, der verbotenen Deutschen Alternative und der ebenfalls im Untergrund wirkenden Nationalistischen Front an. Im Februar 1993 schrieb Lemke an die „Liebe Kameradin Ursel Müller“, die in Mainz die Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener (HNG) und deren Info-Dienst betreibt ...

Die HNG und ihre Anführer Christian Worch und Hans Eberhard Hefendehl wurden immer wieder mit der Drohliste „Einblick“ in Verbindung gebracht. Hefendehl wurde im Februar vorigen Jahres zu der lächerlichen Geldstrafe von 4000 DM verurteilt, weil er die Liste vervielfältigt hatte, die dann von Dänemark aus verbreitet wurde ...

Klaus Habert, Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA, legte inzwischen der Öffentlichkeit Fakten über Lemkes Kontakte zu Günter Reinhäuser vor, der in Österreich wegen Neugründung der NSDAP – zusammen mit Neonazis Gottlieb Küttel – und wegen Brandanschlägen einsitzt. Ferner über den Haftbetreuer Lemkes aus seiner Zeit in der Justizvollzugsanstalt Schwerte. Erhard Kemper aus Münster ist Ingenieur und war HNG- und FAP-Mitglied.

*Ulrich Sander  
Pressesprecher VVN-BdA NRW  
gekürzt*

**D**er 5. Mai 1996, der Tag der Volksabstimmung über den Fusionsvertrag Berlin-Brandenburg, rückt immer näher. Pros und Kontras werden immer lauter. Der Berliner Senat und die Brandenburger Landesregierung scheuen keine Kosten, um ihren Plan den Bürgern schmackhaft zu machen. Für die Kampagne werden trotz leerer Kassen 4,5 Millionen DM zum Fenster hinausgeworfen, und sie wird einseitig geführt: Geredet wird nur über Vorteile, die Nachteile fallen unter den Tisch.

Aber auch die Gegner des vorliegenden Fusionsvertrages sammeln sich. Die Grünen in Brandenburg stimmen eindeutig gegen den Vertrag. Die PDS hielt am letzten Wochenende in Perleberg (Land Brandenburg) einen gemeinsamen Berliner und Brandenburger Parteitag ab, auf dem sie nochmals ihre Position bekräftigte: Kein gemeinsames Land Berlin-Brandenburg! (Red.)

Es gibt viele gute Gründe, die Fusion der Länder Berlin und Brandenburg unter den Vorzeichen des am 5. Mai zur Abstimmung stehenden Vertrages abzulehnen.

Neben dem in der Öffentlichkeit registrierten Einwänden der PDS-Fraktion gegen den verfassungsrechtlichen Weg haben wir stets inhaltliche Gründe gegen den Vertrag genannt. Das Urteil zur Klage der PDS-Landtagsfraktion vor dem Landesverfassungsgericht ist zudem nicht mehr als die Bestätigung der Rechtmäßigkeit des von der Landesregierung vorgegebenen Weges zur Fusion als einzige Alternative. Das Gericht hat ausdrücklich nicht die Qualität des Vertrages bewertet und wörtlich unsere Vermutung bestätigt, daß am 5. Mai 1996 über die Abwicklung der Brandenburger Verfassung abgestimmt wird.

Wo liegen aber nach unserer Meinung die wesentlichen Unzulänglichkeiten des Vertrages?

Da ist vor allem seine Unkonkretheit, die zeigt, wie weit entfernt die Regierungen von einem einvernehmlichen partnerschaftlichen, auf das Wohl der ganzen Region gerichteten Handeln sind. Sind die Interessenkonflikte und Spannungen zwischen Großstadt und dem umgebenden Umland plötzlich per Vertrag aus der Welt?

Können all die drängenden Probleme weiter auf die lange Bank geschoben werden, bis es zur Fusion 1999 oder gar

Im Laufe der Zeit wurde mit abnehmender Intensität öffentlich auf das Aktionsprogramm Bezug genommen. Der Landesregierung war es lieber, daß keiner fragte, denn das Aktionsprogramm hatte sie inzwischen sang- und klanglos im Zusammenhang mit den Vorbereitungen des Neugliederungsstaatsvertrages mit Berlin beerdigt.

Die Nachfragen der PDS an die Landesregierung zur Umsetzung des Gemeinsamen Aktionsprogrammes empfand sie, namentlich der Chef der Staatskanzlei, Herr Dr. Linde, als ziemlich störend, was wohl daran lag, daß es

würde wieder aufgelöst, wenn es nicht zur Fusion käme — und ließ damit erneut erkennen, daß er nicht verstanden hat, worum es bei der Entwicklung der Region geht. Es geht eben nicht nur um eine Zusammenführung von Behörden, sondern um Zusammenarbeit zum Wohl der gesamten Region.

Zu Stolpes Maßstab, das Aktionsprogramm sei die Nagelprobe des beiderseitigen guten Willens, können wir nur sagen, guten Willen gab es wenig: Nagelprobe nicht bestanden. Schlimmer noch, der Brandenburger Landesregierung und ihrer Mehrheitsfraktion im Landtag fehlt es am politischen Willen zur Gestaltung der Beziehungen mit Berlin. Für uns heißt enge Kooperation zuallererst vertrauliche Zusammenarbeit auf der Grundlage von gleichberechtigt ausgehandelten Verträgen und ein gemeinsames Agieren zur Entwicklung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen.

Stattdessen tritt die Brandenburger Landesregierung die Flucht nach vorne an, setzt mit dem Prinzip Hoffnung auf eine erfolgreiche Zeit nach der Fusion und fordert die Bevölkerung von Brandenburg auf, mit der Zustimmung zum Neugliederungsstaatsvertrag für die Abschaffung des Landes Brandenburg und seiner modernen Verfassung beizutragen. Für solche konkreten Fragen wie Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik und den Erhalt des sozialen Standards sollen die Bürgerinnen und Bürger mit dem Vertrag die Katze im Sack kaufen, denn dazu gibt es keine Regelungen im Staatsvertrag.

Für mich bleibt daher nur: Nein zu diesem Vertrag!

## Nein zu diesem Vertrag!

### Anita Tack zur Volksabstimmung über die Länderfusion Berlin-Brandenburg am 5. Mai

erst 2002 kommt? Soll mit der vagen Versprechung, ein gemeinsames Land löse alles, weiterhin auf Zusammenarbeit verzichtet werden?

#### Was ist bisher passiert?

Die Brandenburger Landesregierung und der Berliner Senat hatten zum Ende des Jahres 1992 ein Aktionsprogramm beschlossen, das ausdrücklich das Ziel hatte, die Zusammenarbeit beider Länder zu intensivieren. In rund 200 Punkten wurden konkrete Vorhaben genannt, deren Ergebnisse in Staatsverträgen und in Verwaltungs- und Koooperationsvereinbarungen münden sollten.

Das Funktionieren des Aktionsprogramms sollte laut Ministerpräsident Stolpe die Nagelprobe des beiderseitigen guten Willens zur Zusammenarbeit sein.

keine nennenswerten Fortschritte in der beiderseitigen Zusammenarbeit gab. Für Linde war das der beste Beweis dafür, daß es so nicht ginge und demzufolge man (die Landesregierung) die schnelle Vereinigung von Berlin und Brandenburg wolle. Zum Jahresende 1995 stellte die PDS im Landtagsausschuß Brandenburg-Berlin letztmalig die Frage nach dem Erfüllungsstand des Aktionsprogrammes. Herr Linde erklärte, wenn auch sehr widerwillig: Jetzt, da der Fusionsvertrag beschlossen sei, brauche man kein Aktionsprogramm mehr. Es fände auch keine Zusammenarbeit zwischen den Ministerien beider Länder statt. Die Ministerien warten nur darauf, daß sie nach der Fusion endlich zusammengeführt würden.

Später äußerte Linde, selbst die Gemeinsame Landesplanungsabteilung

Anita Tack ist stellvertretende Landesvorsitzende der PDS-Brandenburg und Abgeordnete im Landtag Brandenburg

## Gegen Rot-stiftpolitik

### Zehntausende geben Berliner Senat Kontra

Die Woche hatte es in Berlin in sich: Schülerdemo in Kreuzberg „gegen Sparwahn im Kinder-, Jugend-, und Sozialbereich“ mit 3.000 Demonstranten, Studenten besetzen SPD-Bundeszentrale in Berlin und protestieren gegen Abbau von Bildung und sozialer Grundversicherung, Besetzung des Alex-Brunnens im Berliner Zentrum durch Jugendliche und mehr als 10.000 Schüler und Eltern sagen vor dem Roten Rathaus „Wir sind keine Sparschweine!“.

Anlaß zu diesen Protesten gibt die bildungsfeindliche Politik der Großen „Spar“-Koalition. Im Eiltempo will der Senat Gelder im Bildungswesen einsparen und sieht dafür umfassende Kürzungen in allen Bereichen vor: Abbau von 3.500 Lehrerstellen gleich 18,9 Mio. DM Einsparung, 450 Referendare werden zum 1. Mai nicht eingestellt, gleich 8,1 Mio. DM Einsparung, Anhebung der Preise für das Schuhessen auf 4,40 DM gleich Mehreinnahmen von 5 Mio. DM, Erhöhung der Kosten für die Hortbetreuung gleich 10 Mio. DM Mehreinnahmen, Streichung der Investitionen für Schulneubauten, Reduzierung des Zuschusses für Lehrerfortbildung um 1,5 Mio. DM, Streichung von Zuwendungen von 7,7 Mio. DM. Ein Haushaltsschloß von 5,3 Mrd. DM soll gestopft werden. Das betrachtet der Senat auf Kosten der Berliner zu bewerkstelligen.

Die Auswirkungen sind schon sichtbar: ausfallender Unterricht, Klassen-



Etwa 30.000 Menschen beteiligten sich am 27. März, am Vorabend der Verabschiedung des Nachtragshaushalts der neuen Landesregierung, an der bislang größten Protestdemonstration (Bild) gegen diese Rotstiftpolitik. Aufgerufen hatte ein Bündnis von ca. 120 Gruppen und Organisationen. Am Vormittag hatten bereits ca. 10.000 Schülerinnen und Schüler erneut gegen die Haushaltsskürzungen protestiert.

fahrten fallen weg, Arbeitsgemeinschaften lösen sich auf, Sanierungsarbeiten bleiben liegen, einzelne planmäßige Fächer (Musikunterricht z.B.) werden nicht mehr besetzt, steigende Kosten für den Einzelnen, Studiengebühren für die Studenten usw. Die Bezirke müssen bis zum 31. Mai einen Nachtragshaushalt vorlegen, der bei Erfüllung der erteilten Auflagen Schließung von ganzen Einrichtungen bedeutet und umfassende Teuerungen für Jugend und Familien mit sich bringt.

Dieser Politik des Senats will ein Aktionsbündnis von über 100 Vereinen, Gruppen und Projekten entschiedene Abfuhr erteilen. Dieses Bündnis war es auch, das die Schüler- und Elterndemonstration vor dem Roten Rathaus zustande brachte. Herr Diepgen und Frau Stähnner, die die Demonstranten sehen wollten, ließen sich nicht blicken. Sie wußten sicher warum. Drängt doch ihre Sparpolitik viele Kinder und Jugendliche an den Rand der Gesellschaft

und benachteiligt sie, wenn in Schule, Ausbildung, Studium, Freizeit- und Kulturangebot gespart wird und die finanziellen Belastungen auf sie abgeschoben werden. Sogar die Eintrittspreise für Schwimmhallen und Badeanstalten sollen erhöht werden!

Diese Aktionswoche war ein erster Höhepunkt gegen die Sparpolitik des Senates. Es werden weitere folgen. Die Kürzungen von Zuschüssen und Förderungen haben vielfältige Wirkungen. Die Sparpolitik trifft ganz Berlin und alle Berliner. Die BVG kündigte die Streichung des Sozialtickets an. AB-Maßnahmen werden nicht verlängert. Die Kürzung der Wohnungsbauförderung wird Auswirkungen auf die Mieten haben. Die Stellenstreichungen (22.000 bis 1999) werden die Arbeitslosenzahlen erhöhen und zu schlechteren Leistungen für die Bürger führen. Die vorgesehenen Streichungen von Investitionen betreffen keineswegs die großen Renommierobjekte (Ex-Olympiahallen, Messeaus-

bau), sondern Investitionen in Schulen, Renovierungsarbeiten, Krankenhäuser und die Kürzung dringend erforderlicher Sozialbauten.

In Berlin mangelt es nicht am Geld, sondern am Willen der Regierenden, es geeignet anzuwenden. Denn niemand hört etwa von Plänen, den Bau des Tiergartentunnels einzustellen oder die im Zuge des Regierungsumzugs geplanten riesigen Finanzausgaben neu zu durchdenken und dem Hauptstadtwahl abzubauen. Die Kosten tragen die sozial Schwächeren, die Kinder und Jugendlichen, die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, die Behinderten.

Berlin wird eine zweigeteilte Hauptstadt in neuer Form abgeben: Nicht in Ost und West, sondern in Reich und Arm, in Regierungsviertel und Randgebiete, in weniger Kultur und Bildung und mehr sozialen Abbau und Kriminalität, in weniger Sein und mehr Schein. Mehr Kreuzberg und Prenzlauer Berg und mehr Lafayette! (abc)

# Belegschaft brutal erpreßt

## Burda-Konzern bricht Tarifgesetz

Durch wüste Erpressung der Belegschaften in den Werken Offenburg, Darmstadt und Vieux Thann (Elsaß) will der Burda-Konzern auf dem Tiefdruckmark noch konkurrenzfähiger werden. Obwohl er in allen drei Werken schwarze Zahlen schreibt und die Auftragslage gut ist, will er das Werk in Darmstadt mit 600 Beschäftigten schließen und die Produktion zum größten Teil nach Offenburg, zum kleineren nach Vieux Thann verlagern.

Mit dem Offenburger Betriebsrat schloß Burda ein „Bündnis für Arbeit“ der besonderen Art: Es verspricht, die 1200 Arbeitsplätze in Offenburg bis zum Jahr 2000 zu sichern, wenn die Belegschaft einem Haustarifvertrag zustimmt, der Schichtpläne rund um die Uhr an sieben Wochentagen vorsieht. Gleichzeitig soll die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich wieder verlängert werden. 30 Millionen Mark Personalkosten will der Burda-Konzern nach eigenen Angaben auf diese Weise einsparen.

Die Offenburger Betriebsvereinbarung liegt im Tresor der Geschäftsleitung, trotzdem sollen alle Beschäftigten sie einzeln per Revers unterschreiben; wenn nicht – droht der Konzern – sollen in Offenburg 400 Arbeitsplätze wegfallen. In Offenburg ist Burda der größte Arbeitgeber, für arbeitslose Drucker bestehen dort keinerlei Aussichten. Nach Angaben der Lokalpresse haben bisher 900 Beschäftigte den „Geheimvertrag“ unterschrieben.

Die IG Medien hat bisher vergeblich versucht, den Text des erpresserischen Haustarifvertrags zu bekommen. Obwohl der Offenburger Betriebsrat mehrheitlich gewerkschaftlich organisiert ist, hat er die Verhandlungen ohne Information oder Beteiligung der Gewerkschaft geführt; eine Betriebsversammlung dazu führte er auch nicht durch. Am 16. März veranstaltete die IG Medien in Griesheim bei Darmstadt

eine Solidaritätsveranstaltung für die Darmstädter Belegschaft, an der sich Delegationen aus allen Burda-Werken beteiligten. Die IG Medien will gegen die Vereinbarung klagen. Zunächst versucht sie, durch Gerichtsentscheid die Vereinbarung zu bekommen. Außerdem bietet sie den Offenburger Beschäftigten Beratungsgespräche an. 300 Beschäftigte verlangen jetzt in einer Resolution eine Betriebsversammlung.

– (ulk)

**Dokumentiert: Flugblatt der IG Medien**

### Was Recht ist, muß Recht bleiben

Das Tarifvertragssystem in Deutschland ist weltweit einzigartig, weil es den Tarifvertragsparteien (Arbeitgeber und Gewerkschaften) faktisch gesetzgebende Gewalt gibt. Unabhängig und unbeeinflußt von der Politik sollen Arbeitgeber und Gewerkschaften wichtige Fragen wie Urlaub, Bezahlung, Jahressonderleistungen, Arbeitszeit und anderes mehr vereinbaren. Ausdrücklich verbietet das Gesetz den Betriebsräten, diese Dinge anstelle der Gewerkschaft in einer Betriebsvereinbarung zu regeln. Mit gutem Grund. Der Gesetzgeber hat bereits 1952 eingeschätzt, daß ein einzelner Betriebsrat erpreßbar sei und damit die flächendeckende Wirkung von Tarifverträgen unterlaufen würde.

Der Tarifvertrag regelt Mindestbedingungen. Das heißt, daß kein Arbeitgeber, der tarifgebunden ist, ihn unterlaufen darf. Ebensowenig können Beschäftigte auf tarifliche Rechte verzichten.

Nun kann man natürlich sagen, wen interessiert schon das Tarifvertragsgebot? Mit der gleichen Argumentation kann man aber auch seinen Nachbarn totschlagen – nach dem Motto, wen interessieren schon Strafgesetze. Ein

Rechtsstaat wird nur dann funktionieren, wenn alle Beteiligten die Spielregeln einhalten. Insofern ist die Verteidigung von Tarifrechten keine Frage der Ideologie, sondern eine Frage wohlaufender Rechtsstaatlichkeit.

Für die Beschäftigten bei Burda gilt, was für alle Beschäftigten, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, gilt: Niemand kann ihnen tariflich gesicherte Rechte wegnehmen. Konkret bedeutet das: Jeder Beschäftigte, der seine Rechte einträgt, wird auch Recht bekommen. Die IG Medien hat einen Freiburger Rechtsanwalt eingeschaltet, der allen mit Rat und Tat zur Seite steht.

Zum Glück leben wir in einem Staat, in dem Recht und Gesetz noch gelten. Und die neuen Arbeitszeiten?

Wie werden die neuen Arbeitszeiten aussehen, fragen sich viele in diesen Tagen. Erste Modelle werden von Abteilungsleitern in die Diskussion gebracht. Einiges gibt es bereits auf dem Papier – natürlich nur „Modelle“ und nur „zum Nachdenken“.

„Mit diesem Schichtplan sehe ich meine Kinder nur noch sechs Wochenenden pro Jahr“, schimpfte ein Kollege empört, dem eines dieser Modelle vorgelesen wurde.

Das kann zum Beispiel so aussehen:

**Modell A:** Es wird grundsätzlich von der Sechs-Tage-Woche ausgegangen. Alle zwei Tage erfolgt der Schichtwechsel (2 F, 2 S, 2 N, 2 Frei). Ein kurzer Schichtwechsel mag – wie ein Teil der Arbeitswissenschaftler behauptet – gesundheitlich erträglicher sein als der wochenweise Wechsel. Für Menschen mit Familie, Freunden, Freundinnen und Hobbys ist ein derartiges Schichtsystem unerträglich. Unsozialer geht es fast nicht mehr. Oder das **Modell B:** Es wird am Stück 17 Tage gearbeitet (4 N, 7 S, 5 F, 4 Frei). Ab der 13. bis zur 16. Woche werden dann größere Freizeitblöcke eingeräumt. An freie Wochenenden ist nicht mehr zu denken; selbstverständlich wird von einer Arbeitszeit rund um die Uhr von Montag bis Sonntag ausgingen.

Oder nehmen wir **Modell C:** In diesem Modell wird folgender Schichtwechsel

angedacht: 4 F, 4 N, 4 S, 4 Frei. Auch hier wird regelmäßig Samstag und Sonntag durchgearbeitet. Wie heißt es noch so schön im § 9 des Arbeitszeitgesetzes: „Arbeitnehmer dürfen an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 0.00 bis 24.00 Uhr nicht beschäftigt werden.“ Aber wen kümmert bei Burda noch Recht und Gesetz?

Oder das **Modell D:** 6 F, 2 Frei, 6 N, 2 Frei, 6 S, 2 Frei ...

Kolleginnen und Kollegen – schaut der Geschäftsleitung auf die Finger. Die Gestaltung von Schichtplänen ist mitbestimmungspflichtig. Ohne Zustimmung des Betriebsrats geht gar nichts. Ihr solltet Euch rechtzeitig einmischen ... Es geht um Eure Arbeits- und Lebenszeiten.

#### Auf was soll verzichtet werden?

Die Geschäftsleitung behauptet: Die Leute verlieren ja gar kein Geld! (...)

Die Geschäftsleitung verschweigt, was sie zahlen müßte, wenn alles mit rechten Dingen zuginge:

Im Tiefdruck sollen offenbar 5,5 Stunden unbezahlte länger gearbeitet werden (tariflich gesicherte Bezahlung der Drei-Schichter-Pause fällt weg plus zusätzlich drei Stunden unbezahlter Arbeit).

5,5 Stunden unbezahlte Arbeit pro Woche bedeutet einen Verlust von etwa 7.200 DM pro Jahr. Auf drei Jahre berechnet mehr als 21.000 DM. Die Zulagen und Zusätze sollen etwa um die Hälfte reduziert werden – so will es die Geschäftsleitung. Heute betragen sie nach Aussage der Geschäftsleitung im Tiefdruck in der Lohngruppe VI etwa 22.700 DM. Verzicht pro Jahr: Etwa 10.000 DM – in drei Jahren 30.000 DM.

#### Das ist also die Wahrheit:

Der geforderte Gesamtverzicht pro Jahr beträgt bei einem Tiefdrucker in der Lohngruppe VI etwa 17.000 DM – in drei Jahren 50.000 DM. Bei Kollegen mit höheren Zusätzen ist der Verlust natürlich noch größer. Und zum Nachdenken: Völlig unberücksichtigt sind bei unserem Rechenbeispiel Mehrarbeitszuschläge sowie alle anderen geplanten Streichungen von sozialen Leistungen geblieben.

## MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN



### Kundgebung für Ladenschluß

Die Gewerkschaften HBV, NGG und DAG rufen für den 28. April zu einer Großkundgebung nach Bonn zur Verteidigung des Ladenschlußgesetzes auf. Der Protest richtet sich gegen einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, der Ladenöffnungszeiten von montags bis freitags von 6 bis 20 Uhr sowie samstags bis 16 Uhr vorsieht. Die Bundesländer sollen die Möglichkeit erhalten, Ladenöffnungszeiten am Samstag zwischen 14 und 18 Uhr festzuschreiben. Der Gesetzentwurf wird nach Ostern in den Bundestag eingereicht.

### Die traurigen Auswüchse des „Bündnis für Arbeit“

Am 24. März 96 gab die Gewerkschaft Textil-Bekleidung ihr ausgehandeltes „Bündnis für Beschäftigung und Ausbildung“ unter dem Motto „Alle reden – wir handeln“ bekannt. Lohn und Gehalt und Ausbildungsvergütungen werden um 1,5% erhöht, Laufzeit 12 Monate, Erfolg: Es gibt keine Nullmonate. Das Vertragswerk betont wiederholt die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, zahlreiche Regelungen werden auf die Betriebsparteien übertragen. In den letzten drei Jahren wurden in der Textilindustrie 100000 Arbeitsplätze beseitigt. Unternehmen in nicht näher definierter „schwieriger wirtschaftlicher Situation können durch freiwillige Betriebsvereinbarung“ die kümmerliche Tariferhöhung für längstens ein Jahr ganz oder teilweise aussetzen. Voraussetzung dafür ist lediglich eine „Beschäftigungszusage“. Bei günstiger wirtschaftlicher Lage sollen die Betriebsparteien freiwillig für die Dauer der Vertragslaufzeit nur den Lohn etwas höher anheben, „insbesondere im Rahmen betrieblicher Vermögensbildung“.

Die Jahresarbeitszeit kann um maximal 130 Stunden erhöht oder auch gesenkt werden (entspricht ca. 16 Tagen je 8 Std.). Von einem Lohnausgleich ist keine Rede. Wird die Jahresarbeitszeit gesenkt, sind in diesem Zeitraum be-

triebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Die Betriebsparteien werden angehalten, für mehr versicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze zu sorgen. Auf regionaler Ebene sollen Regelungen getroffen werden, die Sonntagsarbeit ermöglichen, „um im internationalen Wettbewerb mithalten (zu) können“, nachdem dies auf Bundesebene nicht zustande kam. Großzügigerweise verzichtet die Arbeitgeberseite vertraglich auf Kündigung von Tarifverträgen und „wird keine Forderung auf Senkung von Einkommensbestandteilen erheben“ (Punkt 7). Der Gesetzgeber wird aufgefordert, die gesetzlichen Lohnnebenkosten zu senken. – (frr)

### Kooperationsvereinbarung zur Fusion Berlin-Brandenburg abgeschlossen

Am 28. März wurde die „Vereinbarung über die Kooperation zur sozialverträglichen Personalzusammenführung und die Arbeitsplatzsicherheit bei der Länderefusion Berlin-Brandenburg (Kooperationsvereinbarung)“ unterzeichnet nach monatelangen Verhandlungen und quasi 5 vor 12 Uhr. Die wesentlichen Inhalte sind: die Einrichtung eines Vereinigungspersonalrates, der bei der Gestaltung der Verwaltungs- und Personalstrukturen beteiligt werden muß; es wird eine gemeinsame Stellenbörse eingerichtet; die Rechtsvereinheitlichung wird rechtzeitig unter Beteiligung der Gewerkschaften und Berufsverbände

vorbereitet; die bis zur Bildung des gemeinsamen Landes erworbenen Qualifikationen werden anerkannt; bei der Erstbesetzung der Stellen in der Landesverwaltung werden die Beschäftigten beider Länder entsprechend ihrem Anteil berücksichtigt.

Bei den beiden wichtigsten Themen, Arbeitsplatzsicherheit und Tarifgleichheit, wurden Teilerfolge erzielt: Den Arbeitnehmern und Auszubildenden, die gegenwärtig unter den Tarifkreis Ost fallen, wird zugesichert, daß sie ab Bildung des gemeinsamen Landes eine zusätzliche Zahlung erhalten, um die 100 Prozent zu erreichen. Darüber hinaus wird angestrebt, eine manteltarifliche Angleichung (z.B. bei der Arbeitszeit) bis zur Fusion zu erreichen. Eine echte Gleichstellung ist also nicht gegeben. Betriebsbedingte Kündigungen mit dem Ziel der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses, der Herabgruppierung oder der Verringerung der Arbeitszeit sind zwar ausgeschlossen, sofern sie durch die Fusion bedingt sind. Andere betriebsbedingte Kündigungen sind dagegen nur „grundätzlich zu vermeiden“. Da im sog. Fusionsstaatsvertrag ein Privatisierungsgebot verankert ist, sind Auseinandersetzungen vorhersagbar.

Erst ganz zum Schluß der Verhandlungen wurde ein Abschnitt gestrichen, der die Gewerkschaften nach Abschluß dieses Vereinbarung verpflichten sollte, ihre Mitglieder zur Teilnahme an der Volksabstimmung und zur Zustimmung zur Fusion aufzurufen.

– (har)

# Sozialpartnerschaftlich ins lohnpolitische Jammertal

In der dritten Verhandlungsminute schloß die diesjährige Tarifführerin, die IG Chemie, plötzlich ab und hat damit allen nachfolgenden Tarifverhandlungen eine schwere Hypothek aufgebürdet.

Zwei Tage zuvor hatte es auf einer Funktionärskonferenz in Ludwigshafen noch eine hitzige Diskussion und heftigen Widerstand von Seiten der BASF-Mitglieder in der rheinland-pfälzischen Verhandlungskommission gegen die Absicht gegeben, den laufenden Manteltarifvertrag in die Verhandlungsmaße einzubeziehen und der Bundesgleitkommission bei den regionalen Verhandlungen mehr als beratende Kompetenzen einzuräumen. Beides hatte der Hauptvorstand von der eiligst einberufenen Bundes-Manteltarifkommision beschließen lassen – mit den einzigen beiden Gegenstimmen aus Ludwigshafen. Dem gegenüber stand der Verhandlungsauftrag: 6 Prozent mehr Lohn und Beschäftigungssicherung. Beim Pfälzer Bezirksleiter Wolf, damals noch Verhandlungsführer, lagen die Akzente schon deutlich auf der Beschäftigungssicherung, der Lohn erschien nur noch als Beiwerk.

Vor allem die Chemiefunktionäre aus der BASF forderten ganz massiv eine deutliche Lohnerhöhung, nachdem gerade erst auf der Bilanzpressekonferenz des BASF-Vorstands eine Gewinnsteigerung vor Steuern im Konzern um 98 Prozent und in der AG in Ludwigshafen um über 58 Prozent sowie eine Dividendensteigerung um 40 Prozent bekanntgegeben worden war. Sie standen unter ganz erheblichem Erwartungsdruck der Belegschaft und verlangten deshalb, daß bei einer derartig geänderten Ausgangslage erneut mit der Basis diskutiert werden müsse, denn für Eingriffe in den Manteltarif liege kein Mandat vor.

## Wie präsentiert die IG Chemie das Ergebnis?

Laut Pressemitteilung des IG Chemie Hauptvorstands und des Bezirks Rheinland-Pfalz vom 29.3.96

„Die Tarifvertragsparteien der chemischen Industrie für Rheinland-Pfalz haben nach einem 20stündigen Beratungs marathon in der dritten Verhandlungsminute am Freitagmorgen (29.3.96) den Durchbruch geschafft. Schwerpunkt des Tarifvertrages für Rheinland-Pfalz ist ein umfassendes Paket be-

schäftigungssichernder und -aufbauender Maßnahmen. Mit dem Pilotabschluß sollen in der chemischen Industrie Westdeutschlands innerhalb eines Jahres insgesamt 25000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.“

Die Entgelte der 85000 Chemiearbeiter in Rheinland-Pfalz werden vom 1.3.96 um 2 Prozent erhöht, die Ausbildungsvergütungen um 25 DM angehoben. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 12 Monaten und kann zum 28.02.97 gekündigt werden. IG Chemie und Chemiearbeitgeber haben vereinbart, den Abschluß in Rheinland-Pfalz auf die übrigen Tarifbezirke in den alten Bundesländern mit rund 605000 Arbeitnehmern in 1600 Betrieben zu übertragen.

Hans Terbrack, im geschäftsführenden gpk-Hauptvorstand für die Tarifpolitik verantwortlich: „Wir haben unsern 1992 begonnen Weg der Beschäftigungssicherung und des Aufbaus von Beschäftigung fortgesetzt. Im Rahmen der Kanzlerunden und im engen Zusammenhang mit dem ‚Bündnis für Arbeit‘ haben wir belastbare und überprüfbare Vereinbarungen getroffen, mit denen 25000 neue Arbeitsplätze entstehen sollen. Die Arbeitgeber sind im Wort. Außerdem ist es gelungen, die Tarifeinkommen weiterzuentwickeln und einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des Flächentarifvertrages zu leisten. Vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit sind die Chemie-Tarifvertragsparteien ihrer Verantwortung gerecht geworden.“

Der Abschluß im einzelnen:

- Altersteilzeit /gleitenden Übergang in die Rente: Auf Basis der geplanten gesetzlichen Neuregelung der Altersteilzeit haben die Vertragsparteien vereinbart, das Entgelt der betroffenen Arbeitnehmer zusätzlich aufzustocken. Gesetzlich vorgesehen ist lediglich, daß Arbeitnehmer vom 55. Lebensjahr an bei einer um die Hälfte reduzierten Arbeitszeit 70 Prozent (50 Prozent Arbeitgeber, 20 Prozent BfA) des bisherigen Nettoentgelts erhalten. Die tarifvertragliche Regelung der Chemievertragsparteien stellt sicher, daß betroffene Arbeitnehmer mindestens 85% des bisherigen Nettoentgelts erhalten. Diese Regelungen sind verknüpft mit der Wiederbesetzung frei werdender Stellen.

• Mehrarbeit durch Freizeitausgleich: IG Chemie und Chemiearbeitgeber haben sich weiter darauf verständigt, den

Handlungsspielraum der Betriebsparteien bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen verbindlich zu erweitern. Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg ist der Ausgleich der unabdingbar notwendigen Mehrarbeit in Freizeit-, der grundsätzlich und verbindlich mit einem Ausgleichszeitraum von einem Monat festgelegt wurde. Auch diese Maßnahmen haben einen beschäftigungspolitischen Effekt.

## • Teilzeit/ befristete Arbeitsverträge/ Langzeitarbeitslose: Die Chemiearbeitgeber erklären sich außerdem bereit,

mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen und verstärkt befristete Arbeitsverträge in unbefristete umzuwandeln. Von den 1993 getroffenen und 1995 fortgeschriebenen Regelungen zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen soll in einem erheblichen stärkeren Maß als bisher Gebrauch gemacht werden.

## • Ausbildungsplätze: Die 1995 gestartete Ausbildungplatzinitiative wird fortgesetzt. Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, die Ausbildungskapazitäten erneut deutlich zu erhöhen. In Rheinland-Pfalz sollen 1996 über 5% zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Im Ergebnis des 1995er-Tarifabschlusses wurden im Bundesdurchschnitt (West) rund 13% mehr Ausbildungsplätze als 1994 geschaffen. In Rheinland-Pfalz war ein Plus von 17% zu registrieren. Die Chemiearbeitgeber im Tarifbezirk Rheinland-Pfalz sagten zu, 90% der Auszubildenden zu übernehmen.“

## Wie's die BASF sieht ...

Soweit die Presseerklärung der IG Chemie. Was die Gewerkschaft verschweigt, deckt die Pressemitteilung der BASF AG zum Abschluß auf. Einiges hört sich da ganz anders an.

Von wegen verbindliche Arbeitsplatzzusagen, und noch weniger kann man von zusätzlichen Arbeitsplätzen reden. Die Vorstellungen über den Abschluß klaffen auseinander.

Nicht zusätzliche Stellen, sondern „Stopp des Personalabbau“ heißt es in der BASF-Erklärung: „In einer Beschäftigungserklärung geben die Chemiearbeitgeber ihrer Erwartung Ausdruck, daß der Beschäftigungsabbau in der westdeutschen Chemie bis zum 1. Juli 1996 zum Stillstand gebracht wird.“ Bis dahin wird also noch kräftig abgebaut.

„Der zu diesem Zeitpunkt erreichte Personalstand soll bis zum Ende der Laufzeit am 28.02.97 (nur) nicht unterschritten werden. Bereits jetzt vereinbarte Personalreduzierungen, z.B. im Rahmen von Sozialplänen, die nach dem 1. Juli 1996 zum Zuge kommen, werden nicht mitgerechnet.“

„Das Chemiesystem der beschäftigungsfördernden Maßnahmen mit abgesenkten Einstellbezügen wird fortgesetzt. So gelten für

## Tarifabschluß Chemie: Erste Bewertung deutet auf schwere Niederlage für die IG Chemie hin / Lohnkürzungen für weniger als ein Linsengericht verkauft

Langzeitarbeitslose im ersten Beschäftigungsjahr die verminderten Einstellbezüge von 90 Prozent.“ – Die abgesenkten Einstiegslöhne wurden also gemäß der in der zweiten Verhandlung bereits erhobenen Forderungen der Unternehmer um weitere 5% reduziert.

„Die Chemiearbeitgeber haben erklärt, daß die Zahl der neuen Ausbildungsplätze im Jahr 1996 im westdeutschen Durchschnitt auf dem bereits 1995 erhöhten Niveau gehalten wird. Sie rechnen 1996 erneut mit einer Übernahmequote von 90 Prozent.“ Neue Ausbildungsplätze werden danach nicht geschaffen, dies steht gegen die Mitteilung der IGCPK. Auf die verbindlichen meßbaren Zahlen darf man in der Vertragsgestaltung gespannt sein.

„IG Chemie und BAVC haben als Sozialpartnererklärung eine Initiative zur Standortsicherung und Beschäftigungsförderung beschlossen. Sie knüpfen damit an die bisherigen Empfehlungen aus den Jahren 1994 und 1995 an. Sie appellieren darin an die Betriebsparteien, die Empfehlungen verstärkt umzusetzen. Das gilt insbesondere für die Nutzung der flexiblen Arbeitszeiten, die Arbeitszeitdifferenzierung, die Förderung der Teilzeitarbeit und die möglichst weitgehende Übernahme von Ausgebildeten.“

Daneben werden erneut Runde Tische für Arbeitsmarktfragen eingerichtet. Für die durch Altersteilzeit freiwerdenden Arbeitsplätze sollen „nach Möglichkeit junge Arbeitnehmer eingestellt werden“.

Offenbar soll die Belegschaft weiter verjüngt, ältere hinausbefördert und olympiareif gestylt werden.

Noch ein besondere Bonbon sind die Überstundenzuschläge. Sie sollen nämlich künftig entfallen. „Mehrarbeit ist nunmehr in einem Zeitraum von einem Monat zuschlagsfrei durch Freizeit auszugleichen“, erläutert uns die BASF und verschweigt die IG Chemie.

Ob die Tarifkommissionsmitglieder der BASF mit der zusätzlichen „Beschäftigungszusage der BASF“ allerdings die empörten Gemüter wird beruhigen können, ist fraglich. Viele gewerblich Beschäftigten hielten seinerzeit die Lohnforderung von 6 Prozent für zu niedrig.

Nach der Zusatzvereinbarung sollen am 28.2.97 ca. 41500 Standortbelegschaftsmitglieder und zusätzlich ca. 1000 befristete Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Das hat die Geschäftsführung nichts gekostet, bei der Bilanzpressekonferenz hatte sie angekündigt, sie könne sich steigende Beschäftigungszahlen vorstellen. Das Ergebnis ist außerdem weit von dem entfernt, was die Betriebsratsspitze in einem „Acht-Punkte-Katalog“ für ein Bündnis für Arbeit auf Betriebsebene einen Tag vor den Verhandlungen öffentlich gefordert hatte. Nämlich:

- Belegschaftsaufstockung auf 43500 Beschäftigte, derzeit sind es ca. 41000, was bereits um mehr als 200 unter den Planzielen des Vorstands liegt. Vor fünf Jahren waren es noch mit Teilzeitbeschäftigen und Azubis 58909.

- Sofortige Überführung der befristeten Beschäftigten in ein Dauerarbeitsverhältnis.

- Übernahme aller Auszubildender.
- Verzicht auf die tarifvertragliche Möglichkeit der Erhöhung der regelmäßigen Arbeitszeit auf 40 Stunden u.a.m. – (ede)



# Auf höchster Ebene in Sackgasse gesteuert

**Emil Hruska zum Stand der offiziellen deutsch-tschechischen Verhältnisse**

**D**er tschechische Innenminister Jan Ruml, der als rechter „Fundamentalist“ bekannt ist, hat der tschechischen Regierung den Entwurf vorgelegt, die Partei der tschechoslowakischen Kommunisten (PTschK) zu verbieten. Diesen außerordentlichen Schritt hat er damit begründet, daß „die PtschK nachgewiesen hat, daß sie keine Partei im Sinne der Registration ist, sondern daß es sich um die Nachfolgepartei der untergegangenen Kommunistischen

„Es ist eine Weltrarität, kurz vor den Wahlen über das Verbot einer politischen Partei zu verhandeln“, sagt Miroslav Stepan, PtschK-Generalsekretär (bis November 1989 KPTsch-Sekretär in Prag, nach dem Umbruch inhaftiert). „Ich sehe keinen anderen Grund für ein solches Vorgehen des Ministeriums als die Absicht, unsere Teilnahme an den Wahlen zu verhindern. Unsere Partei macht aber nichts Rechtswidriges.“ Stepan meint auch, daß in der Tschechischen Republik ein

Mährens, dem Linken Block und der Partei der demokratischen Linken – eine der Parteien, die aus der damaligen KPTsch entstanden ist. Auf dem letzten PtschK-Parteitag (März 1996) wurde gesagt, daß „die PtschK sich als die einzige berechtigte Nachfolgerin der KPTsch ansieht“. Ziel der PtschK, die angeblich 20.000 Mitglieder hat, ist „Sozialismus und Wiederherstellung der Tschechoslowakei“.

Während der große Teil der tschechischen Politszene die PtschK für

Im folgenden veröffentlichen wir – zusammen mit inzwischen Dazugekommenem – einen Beitrag, den Dr. Emil Hruska, Partei Linker Block, als Gast auf der Bundeskonferenz Westdeutscher Kommunisten am 9./10. März in Köln hielt. Genosse Hruska gehört auch zum Gründungskreis von Zetkany, Gesellschaft für tschechisch-deutsche Freundschaft, und bereitet das Seminar zur Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen (Ankündigung nächste Seite) mit vor.

Die offiziellen deutsch-tschechischen Verhältnisse, also die Verhältnisse auf der höchsten Ebene, sind wenigstens zur Zeit in eine Sackgasse geraten. Man kann auch den Ausdruck eines tschechischen Journalisten verwenden, daß die deutschen und tschechischen Politiker „eine Konserven voll Würmer geöffnet haben“. Es sei bemerkt, daß sie diese Konserven gemeinsam vor längerer Zeit geöffnet haben und nur die tschechischen Politiker sich die Illusion gemacht haben, daß sie wohlriechende Nahrung finden werden.

Die tschechische rechtsorientierte politische Garnitur zahlt drauf für ihre entweder naive oder absichtlich opportunistische Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber. Wenn ich sage absichtlich opportunistisch, dann ist dieser Aspekt hier vielleicht wichtiger als die Naivität. Die oppositionellen, vor allem linken Politiker und Journalisten stellen die Frage, wie es möglich ist, daß die Regierungen von Rußland, USA und Großbritannien objektiv die tschechischen nationalen Interessen viel mehr wahren als die tschechische Regierung. Die Ursache sieht man dann vor allem in der Interesseneinbindung mit den starken deutschen Kapitalgruppen, die bei der sogenannten großen Privatisierung einen beträchtlichen Teil des tschechischen Nationaleigentums gewonnen haben. Franz Neubauer, der Sprecher und Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, sagte kennzeichnenderweise mehrfach nach 1989, daß die Sudetendeutschen den Kampf gegen die Kommunisten unterstützt haben, und daß er deshalb glaubt, daß es mit der neuen tschechoslowakischen und später tschechischen Führung möglich wird, die sudetendeutschen Ansprüche zu erfüllen. Er meint also damit die Verpflichtungen für die vorangegangene Unterstützung.

Einen harten Schlag für die tschechische internationale Politik bedeutete die neue öffentliche Infragestellung der Beschlüsse von Potsdam, mit der im Januar Klaus Kinkel gekommen ist. Ich erwähne nur, daß Kinkel sagte, der deutschen Seite zufolge bedeute die Potsdamer Konferenz keine rechtliche Anerkennung der Vertreibung, es handle sich nur um eine politische Erklärung. Kinkel sagte noch, daß seine Pflicht sei, in die gemeinsame deutsch-tschechische Erklärung das Unrecht an den Sudetendeutschen hineinzubefördern.

Dies Infragestellen hatte in der Tschechischen Republik eine große negative Wirkung, und man kann sagen, daß sie beträchtlich das Vertrauen der Bürger zu Deutschland verringert hat. Dieser Versuch der Revision der Abkommen kam, kurz nachdem Kinkel bei den Verhandlungen mit dem tschechischen Außenminister Zelenec einen Teil des schon verabredeten Textes der gemeinsamen Erklärung verworfen hatte; – welchen, das weiß man aber nicht, weil die tschechische Regierung den Inhalt

## Der tschechische Innenminister will Partei der tschechoslowakischen Kommunisten verbieten

Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) handelt“. Ruml hat diese Begründung auf das PtschK-Wahlprogramm gestützt, in dem steht: „Die PtschK knüpft an die fortschrittliche Tradition unseres Volkes, an die KPTsch, an ihre politische, ideelle und moralische Grundlage an. Wenn es ihnen früher besser gegangen ist, war das Verdienst der KPTsch und des Volkes, das sie unterstützt hat. Deshalb ist es notwendig, die Chance der Partei und den Menschen zurückzugeben, die sich an den sozialistischen Gedanken und an die Realität der Vor-Novemberzeit immer mehr erinnern.“

Diese Erklärung ist laut Ruml „gesellschaftlich gefährlich“, so daß die PtschK keinen Anspruch auf weitere Existenz hat. Die ideologische, aber auch die rechtliche Unterstützung gibt Ruml – aber auch der gesamten tschechischen Rechten – dabei auch solche Rarität wie das „Gesetz über die Rechtswidrigkeit des kommunistischen Regimes und den Widerstand dagegen“ das die rechtsorientierten Abgeordneten im Juli 1993 verabschiedet haben. Dieses Gesetz (es hat eigentlich mehr oder weniger einen deklarativen Charakter, „damit die Lehrerinnen wissen, was sie den Kindern sagen sollen“) erklärte die KPTsch und andere Organisationen für „verbrecherisch und verabscheuungswürdig“.



Miroslav Štěpán, Generalsekretär der PtschK

PTschK-Generalsekretär. Die Partei der tschechoslowakischen Kommunisten wurde im März 1995 gegründet. Sie ist – neben der Kommunistischen Partei Tschechiens und

„politische Folklore“ hält, sieht die Leitung der Kommunistischen Partei Tschechiens und Mährens in der PtschK die Bemühungen, „ihre Einigkeit zu stören und die tschechische Linke zu diskreditieren“, und das Vorgehen des Innenministers versteht sie als Bemühen, „die Wähler der KPTM zu einer scheinbar radikaleren und verfolgten Partei zu locken“. Kontakte zwischen der PtschK und anderen linken Parteien gibt es offiziell keine.

Der Versuch der tschechischen Rechten, die PtschK zu verbieten, hat offenbar tiefere Zusammenhänge und paßt in den Kontext der Verfolgung der tschechischen Linken (allgemein, abgesehen von den Problemen, die die Linken untereinander haben). In der Tschechischen Republik gibt es nicht nur das schon erwähnte „antikommunistische Gesetz“, sondern auch ein agiles „Amt für die Dokumentation und Ermittlung der Verbrecher des Kommunismus“. Es gibt immer mehr Signale dafür, daß das Amt politische Prozesse anstrebt, wobei es eine ganze Reihe von Menschenrechten verletzt (z.B. Mißbrauch der Psychiatrie).

Als Reaktion auf solche Tatsachen wollen einige linke Abgeordnete und Politiker das Komitee zum Schutz von ungerecht Beschuldigten und Verfolgten gründen.

(e.h.)

**N**ach jüngsten Meinungsumfragen beurteilen immer mehr Tschechen die Beziehungen zu Deutschland pessimistisch. Nicht wenigen gilt der große Nachbar offenbar sogar wieder – oder noch – als Feind. Laut dem tschechischen Institut für Meinungsforschung brachte 1995 eine beunruhigende Wende.

**B**efanden 1994 und 1995 9% der Befragten, daß sich die Beziehungen verschlechterten, waren es dieses Jahr mit 26% fast dreimal soviel. Auch die persönlichen Kontakte zu Deutschen wurden pessimistischer bewertet. 22% der Befragten sahen im Vorjahr eine negative Entwicklung, 1996 sind es 42%. Nur 14% be-

fluß als „entschieden ungünstig“ oder „eher ungünstig“.

**E**ine andere Agentur für Meinungsforschung – GfK – fragte nach „Feinden der Republik“. Mit 27% lag Deutschland an der Spitze, knapp ein Prozent vor Rußland.

Nach der politischen Orientierung

## Ein trauriges Ergebnis: Angst vor Deutschland

**B**is 1994 gaben immer mehr Tschechen an, sie hielten die offiziellen Beziehungen zu Deutschland, aber auch die Kontakte zu einzelnen Deutschen für „eher gut“. Das hat sich innerhalb eines Jahres deutlich geändert.

kannten sich zu guten Erfahrungen, gegenüber immerhin 46% vor zwölf Monaten.

**A**uch die deutsche Wirtschaft flößt Tschechen Angst ein. 48% der Befragten sehen ihren Ein-

der Befragten halten den deutschen Einfluß für positiv vor allem die Sympathisanten der rechten Regierungsparteien ODS (70%) und ODA (52%). Bei den Kommunisten und anderen linken Personen sind es nur 16%.

(e.h.)

der Verhandlungen vor der Öffentlichkeit streng geheim hält. Und die rechtsgerichteten Abgeordneten haben im Parlament den Vorschlag des Linken Block und der Sozialdemokraten abgelehnt, daß die Regierung über die deutsch-tschechischen Verhandlungen informieren soll.

Auf die skandalösen Äußerungen von Klaus Kinkel reagierte die tschechische Seite sonderbarerweise fast nicht (der Ministerpräsident Klaus sagte sogar, auf diese Aussprüche wird er deshalb nicht regieren, um die deutsch-tschechischen Verhältnisse nicht zu dramatisieren, und daß er eigentlich „kein Wort aus dem Mund der deutschen Regierungsvertreter über Zweifel an der Gültigkeit des Potsdamer Abkommens gehört habe“). (1) Was die oppositionellen Parteien angeht, die KPCM (Kommunistische Partei Tschechiens und Mährens) ist mit der Erklärung aufgetreten, „Kinkel bestreitet die Grundlage des Prozesses von Helsinki“ und daß es sich um die „ungehobelte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Tsch. Republik, aber auch um eine Stellungnahme gegen die Nachkriegsordnung in Europa handelt.“ (2) Für den Linken Block sage sein Ehrenvorsitzender Prof. Mlynar, daß „die deutsche Seite mit diesem Schritt auch bei anderen europäischen Staaten die Frage hervorrufen wird, wie weit eigentlich die BRD die Resultate des zweiten Weltkriegs anerkennt. Die Bestreitung des Potsdamer Abkommens beweist, daß die Verhandlung über die deutsch-tschechischen Verhältnisse nicht nur eine zweiseitige Angelegenheit ist.“ (3) Der Vorsitzende der Tschechischen sozialdemokratischen Partei Milos Zeman erklärte, daß es sich „um die grundsätzliche Veränderung der deutschen Politik handelt, die einen Versuch bedeutet, die Resultate des zweiten Weltkriegs zu bestreiten. Wir könnten erleben, daß Deutschland nicht europäisch wird, daß aber Europa deutsch wird“. (4)

Klaus Kinkel war nicht der einzige, der in der Beziehung zur Tschechischen Republik die Resultate des zweiten Weltkriegs bestreit. Die tschechische Tages-

zeitung PRAVO (Das Recht) informierte im Februar über eine Rede Karl Lammers im Deutschlandfunk. Lammers sagte angeblich, die Ursache der derzeitigen Verschärfung des deutsch-tschechischen Dialogs sei nicht die unterschiedliche Stellung Prags und Bonns zum Potsdamer Abkommen, sondern „die fehlende Bereitschaft der Tschechen, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und anzuerkennen, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen ein Unrecht war. Wir wollten von den Tschechen nicht hören, wie sie sich um Potsdamer Abkommen stellen, sondern wie sie sich zur Vertreibung stellen. Die deutsche Stellungnahme ist und bleibt die gleiche: das Potsdamer Abkommen rechtfertigt nicht die Vertreibung. Es wird nirgendhin führen, wenn die Tschechen sich hinter dem Potsdamer Abkommen verstecken werden“, sagte Lammers. (5) Es sei gesagt, daß sich deutsche Politiker gegenüber keiner vergangenen tschechoslowakischen oder tschechischen Regierung und auch keinem anderen Staat gegenüber so etwas erlaubten.

Wenn Kinkel sagte, daß es seine Pflicht ist, in die Gemeinsame Erklärung das Unrecht gegenüber den Sudetenden- schen hineinzubefördern, dann ist das – wenn wir aus dem Status quo nach dem Krieg herausgehen – ein Zweckunsinn. Die Deutschen, die nach dem Krieg aus der Tschechoslowakei und anderen Ländern nach Deutschland umgesiedelt wurden, sind kein Problem für die Gegenwart. Das ist endgültig abgeschlossen. Der deutschen Regierung geht es aber um die Belebung dieses Themas mit dem Ziel, ein Instrument und ein Mittel für politischen Zwang gegen die Tschechische Republik zu ge-



Bilder vom 45. Sudetendeutschen Tag 1994

winnen. Die absichtlich benutzen Kategorien wie z.B. „die Vertreibung“, „das Unrecht“ usw. dienen dazu, daß die tschechische Regierung auf diese Kategorien sich im Text der gemeinsamen Erklärung einläßt. So würde sich die Tschechische Republik eigentlich Deutschland bei der Revision des Potsdamer Abkommens in der Frage des Transfers anschließen.

Es wäre dann möglich, die Tschechische Republik als ein Land zu bezeichnen, das zwar das erste Opfer des Nazismus war, aber jetzt, am Ende des Jahrhunderts, sein „Unrecht bei der Vertreibung“ anerkennt. Die Tschechische Republik hat aber keinen Grund, die Umsiedlung der meisten Sudetendeut-

schen außerhalb des Rahmens der Lösung der gesamten Kriegsfolgen zu beurteilen. Die Umsiedlung gehört organisch zu den Maßnahmen, die Quellen von Faschismus und Expansion verhindern sollten.

Im Zusammenhang mit solchen Problemen muß auch die sogenannte bayerische Karte in den deutsch-tschechischen Beziehungen erwähnt werden. Übrigens: der deutsche Außenminister nimmt einen Blickwinkel an, der die CSU-Politiker die Sprache der Amtsträger der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu sprechen zwingt. Im September vorigen Jahres sagte der bayerische Ministerpräsident Stoiber der Prager Tageszeitung PRAVO, daß

**Z**etkany, die „Gesellschaft für tschechisch-deutsche Freundschaft“, ist aus Begegnungen und Zusammenarbeit zwischen der PDS Bayern und der Partei Linker Block aus der Tschechischen Republik entstanden. Schon bei früheren Treffen war angesprochen worden, daß die Geschichte der tschechisch-deutschen Beziehungen jedenfalls auf der deutschen Seite fast ganz von reaktionären Ideologen geschrieben worden ist, und daß es angebracht wäre, durch eine gemeinsame Anstrengung dem fest verankerten rechten Geschichtsbild einer linken Kritik entgegenzutreten. Inzwischen ist dieses Anliegen dringlich geworden. Die deutsche Außenpolitik versucht mittlerweile systematisch, aus den offiziellen, reaktionären und unzutreffenden Geschichtsauslegung politischen Nutzen zu ziehen. Die deutsche Seite agiert in Verhandlungen mit der Tschechischen Republik mit sogenannten Ansprüchen der Sudetendeutschen. Aus den Berichten über die im Detail geheimgehaltenen Verhandlungen läßt sich schließen, daß die deutsche Seite versucht, als Repräsentant „sudetendeutscher“ Ansprüche und vermittels von Ansiedlern in die Tschechische Republik dauerhaft hineinzuregieren. Diese außerordentlich anmaßende Politik wird in der deutschen Öffentlichkeit durch eine Reihe von systematischen Geschichtslügen zu einer gerechten Sache stilisiert. Die Ge-

schichtslegende, die von den tschechisch-deutschen Beziehungen auf der deutschen Seite eingeschärfzt wird, läßt für die Entwicklung solidarischer oder friedlicher nachbarschaftlicher Beziehungen keine Chance übrig. Sie muß deswegen aufgeklärt werden, und das ist eine gemeinsame Aufgabe tschechischer und deutscher Linker. Wir freuen uns sehr, daß wir unter Beteiligung tschechischer Genossinnen und

## ZETKANY

**Gesellschaft für tschechisch-deutsche Freundschaft, lädt ein zum Seminar über die Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen**

Genossen ein Seminar zu diesen Fragen in deutscher Sprache durchführen können.

Wir stellen uns vor, zu Brennpunkten der deutsch-tschechischen Beziehungsgeschichte ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte mit kurzen Einleitungsvorträgen in ihrem Kontrast zur offiziellen Auslegung zu diskutieren. Es wird angestrebt, aus Dokumenten, Erläuterungen und Diskussionsbeiträgen den Grundstock für eine Broschüre zu gewinnen, die die Problematik einem breiteren Kreis zugänglich machen hilft.

Wie sieht die Geschichtslegende aus, auf die sich die deutsche Außenpolitik

beruft? Ungefähr so: Nach dem I. Weltkrieg hätten die Siegermächte den Völkern Europas das Selbstbestimmungsrecht zugesichert. Den Deutschen, die auf dem Gebiet der neu entstandenen Tschechoslowakischen Republik ansässig gewesen sind, sei dies Selbstbestimmungsrecht jedoch verweigert worden. Von da her nehme das Unrecht an den Deutschen seinen Lauf. In der tschechischen Republik

gendwie zu vertreiben, nun endlich verwirklichen zu können. Die Aussiedlung der Deutschen sei also ein von Untaten begleiteter, von langer Hand vorbereiteter Racheakt gewesen, der geschichtlich und rechtlich keinen Bestand haben dürfe. Folglich sei es geradezu die sittliche Pflicht der deutschen Außenpolitik, diesen Geist der Rache und der Abrechnung bei den Tschechen zu brechen, alles andere wäre eine Gefährdung des künftigen Zusammenlebens in Europa.

So ähnlich lautet die durch vielfältige Publikationen breit unterbaute, in Lehrplänen und Büchern amtlich abgesicherte Legende, die aus einem Wiederaufleben des Reichsgedankens in Deutschland und imperialistischen Ambitionen einen edlen Streit für das Menschenrecht macht.

Wer in einem längerfristigen Zusammenhang mitarbeiten will, diese Legende abzutragen, ist herzlich zur Seminarveranstaltung am Samstag, den 20. April in München eingeladen. Übernachtungen können organisiert werden. Das Seminar wird von der Freundschaftsgesellschaft ZETKANY getragen, das Regionalbüro von Eva Bulling-Schröter und die AG BWK in und bei der PDS Bayern helfen bei der Vorbereitung.

Anmeldungen bitte über das Büro von MdB Eva Bulling-Schröter, 85051 Ingolstadt, Bahnhofstraße 5, Stefan Straub, Tel 0841/76542, Fax: 0841/77181 oder über die BWK-AG-By. (maf)



weder der Bundeskanzler noch der deutsche Außenminister eine Entscheidung hinnehmen, die im Widerspruch zum Standpunkt des bayerischen Ministerpräsidenten stehe. „Sie können sicher sein, daß man keine Entscheidung erreichen kann zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik ohne die Münchner Zustimmung“, sagte damals Stoiber (6). Ein wenig später bemerkte aktuell die bayerische Tageszeitung Frankenpost: „... in Prag weiß Vaclav Klaus, daß die Eintrittskarte für Europa nicht ohne Helmut Kohl und Edmund Stoiber zu haben sein wird.“ (7) Und kurz darauf hat sich Stoiber für die Unterbrechung der Verhandlungen ausgesprochen – und wie es sich zeigt, sein Wort hat wirklich ein Gewicht. In diesem Zusammenhang sei es bemerkt, daß die bayerische Regierung eigentlich die Pflicht hat, die Interessen des „vierten bayerischen Stammes“ zu verteidigen. In der Urkunde über die Schirmherrschaft Bayerns über die „sudetendeutsche Volksgruppe“ steht: „Die Bayerische Staatsregierung ... bekannte sich zum Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, das sie jederzeit mit dem ganzen Gewicht ihres Einflusses vertreten will. Sie wird stets bestrebt sein, das Volkstum der Sudetendeutschen zu erhalten und ihre Landsmannschaft und deren Einrichtungen als Vertretung der sudetendeutschen Volksgruppe bei der Wahrnehmung der heimatpolitischen, kulturellen und sozialen Aufgaben ideell und finanziell zu fördern.“ (8)

Die angeführten Stellungnahmen und Schritte der deutschen Politiker haben einen großen Einfluß auf die Aktivierung und Radikalisierung der Sudetendeutschen Landsmannschaft. In breiteren Zusammenhängen gesehen, wie der BdV-Funktionär Latussek geschrieben hat: „... mit der Vereinigung von West- und Mitteldeutschland und damit verbunden mit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs sind nunmehr neue Bedingungen für eine selbständige deutsche Politik in Europa entstanden, die auch der Vertriebenenpolitik neue Möglichkeiten schaffen (...) Gelingt die Vereinigung Europas unter Einbeziehung Osteuropas, so bleibt insbesondere für die Polen und die Tschechen nur die Aufgabe, nach rechtsstaatlichen Grundsätzen eine Wiedergutmachung an den Vertriebenen vorzunehmen und ihnen das

Recht auf ihre Heimat zu gewähren. (...) Deutschland will und soll aus diesem Grund die Beitrittsbestrebungen der osteuropäischen Länder unterstützen.“ (9)

Franz Neubauer hat sich gegenüber Kinkel sehr dankbar erwiesen. Die Schwierigkeiten in den deutsch-tschechischen Beziehungen haben laut Neubauer klare Ursachen. Prag fordert von Bonn alles – die Absage an die Rechte der Sudetendeutschen und dazu noch die Entschädigung für die tschechischen Naziopfer (die als einzige in Europa unentschädigt blieben), ist aber „nicht bereit, etwas zu geben, nicht einmal, sich moralisch von den sogenannten Benes-Dekreten zu distanzieren.“ (10) Ende Januar beantwortete Neubauer die Fragen seines Blattes, der Sudetendeutschen Zeitung. Eine der Fragen lautete: „Außenminister Kinkel hat von der tschechischen Seite eine „moralische“ Distanzierung von „der mehr als fragwürdigen Amnestieregelung und den Benes-Dekreten zur Enteignungsproblematik verlangt. Bedeutet das nicht den Verzicht auf jede wirkliche Eigentumsrückgabe?“ – „Wir haben immer selbst die Auffassung vertraten, daß zunächst in einem ersten Schritt eine moralische Distanzierung erforderlich wäre“, sagte Neubauer. „Was nun an praktischen Konsequenzen erfolgen könnte und müßte, wäre dann Gegenstand vernünftiger Gespräche ...“ (11)

Auf dem Standpunkt der aktuellen sudetendeutschen Politik der Tschechischen Republik gegenüber steht, der Aufmerksamkeit wert, die XI. Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Ähnlich wie im Fall der Sudetendeutschen Tage kann es auch hier eine symbolische Bedeutung haben, daß diese Versammlung Siegfried Zoglmann eröffnet hat – Zoglmann wurde seinerzeit SS-Offizier und HJ-Führer im Protektorat Böhmen und Mähren. „Der tschechischen Seite sei es vor allem um einen „dicken Schlußstrich“ und die Hinnahme der jetzt gegebenen Verhältnisse gegangen“, sagte Zoglmann. „Die Schlußstriche auf allen Seiten erweisen sich als kleinkariert und geschichtslos“, denn „die Geschichte kennt keine Schlußstriche“. (12) Das SL-Vorstandsmitglied Franz Longin erklärte dann, „wir erwarten von den Tschechen eine Distanzierung von den Vertreibungsfakten. Wir erwarten eine

Entschuldigung von Volk und Staat“. (13) In den Entschlüsse der Bundesversammlung steht u.a.: „Wir danken dem Bundeskanzler, dem bayerischen Ministerpräsidenten als Schirmherrn der Sudetendeutschen und dem Bundesaußenminister, daß sie am Recht festhalten und eine direkte oder indirekte Legalisierung dieser „ethnischen Säuberung“ verweigern. Ein Staat, der noch heute die Entscheidungen einer „ethnischen Säuberung“ als rechtsgültig erachtet und sich weigert, davon abzurücken, kann nicht Mitglied der Europäischen Union werden“. (14) Was die konkreten taktischen Schritte der SL der tschechischen Republik gegenüber betrifft, hat der Sprecher Neubauer „die Politik der kleinen Schritte“ (15) hervorgehoben. Das ist aber keine Neuheit. Schon vor der Bundesversammlung sagte einer der besten „Taktiker“ der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Staatssekretär a.D. Wolfgang Egerer, daß „der Tschechischen Republik aufgrund der objektiven Interessenkonstellation auf ihrem Weg in die Europäische Union zwangsläufig an einem guten Verhältnis zum deutschen Nachbarn gelegen sein müsse.“ (16) Er vertrat dabei die Auffassung, daß „von daher zumindest eine Teillösung der Sudetendeutschen Frage, die Beseitigung der „Leiche im Keller“ des sudetendeutsch-tschechischen Verhältnisses möglich sein kann, wenn die Repräsentanten der sudetendeutschen Volksgruppen keine Maximalpositionen durchzusetzen versuchen, wenn sie statt eines kollektiven etwa nur ein individuelles Rückkehrerecht anstreben würden.“

#### Quellen:

- 1/ Pravo, 14.2.1996
- 2/ Pravo, 2.2.1996
- 3/ Pravo, ebenda
- 4/ Pravo, 3.2.1996
- 5/ Pravo, 19.2.1996
- 6/ Pravo, 26.9.1995
- 7/ Frankenpost, 29.9.1995
- 8/ Unter dem weißblauen Schild, München 1984, s. 15
- 9/ Antifaschistische Nachrichten Nr. 26/95, S.8
- 10/ Pravo, 19.1.1996
- 11/ Sudetendeutsche Zeitung 26.1.1996
- 12/ Sudetendeutsche Zeitung 18.2.1996
- 13/ ebenda
- 14/ ebenda
- 15/ ebenda
- 16/ Sudetendeutsche Zeitung 19.1.1996
- 17/ ebenda

## TERMINE

5. bis 8. April: OSTERMÄRSCHE:  
(ausführlich Ausgabe 5/96)

3.5.5. Berlin: Tagung „Frieden denken - Frieden leben“ zum 25. Bestehen der Zeitschrift „Antimilitarismus informazioni“ (ami), Kontakt: ami, Elssholzstr. 11, 10781 Berlin, Tel./Fax: 030/2151035

5.5.: Volksabstimmungen in Berlin und Brandenburg über die „Länderfusion“

11.5.: Der Vorstand der Bundeskonferenz BWK tagt in Köln

8.-15.5. bundesweit: Aktionstage „Bundesrepublik ohne Armee“, Kontakt: DFG/VK By, Alte Allee 48, 81245 München, Tel.: 089/8342693, Fax: 089/8341518

16.-19.5. Heidelberg: 20. Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Kontakt: BuKo, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/393156, Fax: 040/3907520

1.6./2.6. Braunschweig: Bundeskongress der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)

Juni: a.o. DGB-Jugendkongress, u.a. mit Beratung über den Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms.

1.6.: 4. Linkes Medienspektakel in Suhl (Thüringen). Kontakt: PDS Suhl, AG Linkes Mediensp., 98527 Suhl, Tel./Fax 03681-28562

3.6.: NATO-„Frühjahrstagung“ in Berlin.

7. bis 9.6: FDP-Bundesparteitag in Karlsruhe mit Beschuß über das neue Grundsatzprogramm

10.6. Präsidentschaftswahlen in Rußland

14.-16.6. Erfurt: Kommunalpolitischer Kongress von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

14.-16.6. Ort noch unbekannt: Bundeskongress der Föderation der Gewaltfreien Aktionsgruppen (FöGA), Kontakt: FöGA, Graswurzelwerkstatt, Scharnhorstr. 6, 50733 Köln, 0221/765842, Fax 0221/765889

26./27.6.: G-7-Gipfel in Lyon, Frankreich.

1.-4.8.: „Sommettreffen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfinitiativen. Näheres bei BAG-SHI, Moselstr. 25, 60329 FFM, Tel. 069/250030, Fax: 069/235584.

1.-4.8. Schnepfenthal: Sommerkurse der „Linken Schule“ in Schnepfenthal, Thür.

14.8. In Lüneburg beginnt der Prozeß gegen die Göttinger „Autonome Antifa“ (17 Angeklagte) wegen angeblicher Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“ (§129 StGB)

14.9. Der Vorstand der Bundeskonferenz BWK tagt in Köln

15.9.: Kommunalwahlen in Niedersachsen

28.9.-4.10. Stuttgart: Gewerkschaftstag der ÖTV

25.-27.10. Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ - 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozeß, Infos: IPPNW-Kongreßbüro, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166

12./13. Oktober: Herbsttagung der Bundeskonferenz BWK in Köln

Nov.: Präsidentschaftswahlen in den USA

14.-16. November: a.o. DGB-Bundeskongress in Dresden mit Beschuß über ein neues Grundsatzprogramm

## ERGEBNISSE

### und MATERIALIEN

der (Frühjahrs)-Bundeskonferenz BWK wird in der zweiten Aprilwoche ausgeliefert.

# Interessante technische Neuerungen fürs schnelle Flugblatt, billige Broschüren und kleine Zeitungen

Die GNN-Verlage haben in den letzten Jahren verschiedene technische Änderungen vorgenommen, die wir - nachdem sie zu einem gewissen Abschluß gekommen sind - den Leserinnen und Lesern der Politischen Berichte vorstellen möchten.

## Austausch per Mailbox

Die GNN-Verlage bieten den Redaktionen und Autoren der bei ihnen verlegten Zeitschriften die Benutzung einer Mailbox an. Mailbox, auf deutsch Briefkasten, ist ein Computer, der rund um die Uhr über ein Modem an das Telefonnetz angeschlossen ist. Auf der Festplatte dieses Computers sind Nachrichten gespeichert, und zwar inhaltlich sortiert in sogenannten „Brettern“, z.B. enthält das Brett „GNN/Politische Berichte/Aktuelles“ Nachrichten, die den Teil Aktuelles der Zeitschrift Politische Berichte betreffen.

Wer ebenfalls über einen Computer, ein Modem und das entsprechende Computerprogramm (es heißt Crosspoint oder abgekürzt XP) verfügt und als Benutzer eingetragen ist, kann an diese Mailbox Texte schicken. Hierfür gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder werden diese Texte als öffentliche Texte für ein Brett gekennzeichnet, dann werden sie an eine ganze Gruppe von Benutzern weitergeleitet, nämlich an alle, die dieses „Brett“ bestellt haben. Oder der Text kann auch gezielt nur an eine Person gerichtet sein, das ist dann die persönliche Nachricht („PM“).

Bei jedem Telefonanruf mit dem Crosspoint-Programm findet ein Datenaustausch statt: die Texte, die man in den Nachrichtenverbund einspeisen will, werden gesendet, zugleich erhält man die Nachrichten zurück, die für einen selber bestimmt sind, also jene Brettnachrichten, die man bestellt hat, sowie eventuell persönliche Nachrichten von anderen Benutzern der Mailbox.

Dieses Verfahren ermöglicht also:

a) Die einfache Übermittlung eines Textes, der in einer bestimmten Zeitung erscheinen soll, durch Einsenden entweder als PM an den jeweiligen Verlag oder ins betreffende Brett (z.B. dieser Text wäre an GNN/Politische Berichte/Diskussion zu senden).

b) Die Beteiligung an der Redaktionsarbeit: Artikelvorschläge und die Planung der Zeitung werden in dem entsprechenden Brett veröffentlicht. Jeder Benutzer ist Sender und Empfänger, ein tatsächlicher Austausch ist möglich.

c) Austausch zwischen zwei Benutzern durch Adressierung einer Nachricht als PM; der Text geht bei der Mailbox ein und kann dann dort zur beliebigen, dem Empfänger passenden Zeit abgeholt werden.

d) Zugang zu druckgelegten Texten. Für die nahe Zukunft ist der Aufbau eines Archivs geplant. Bis in etwa einem halben Jahr sollen alle Zeitschriften des Verlags, die das wünschen, nach der Drucklegung abrufbar sein. Redaktionen, die daran Interesse haben, sollen sich melden!

## Wie kommt man ins Netz?

Die Mailbox LINK-S wird vom GNN Verlag Süd in Stuttgart betrieben (Adresse u.a. siehe nebenstehendes Impressum). Wer sich telefonisch oder schriftlich dorthin wendet (oder an eine der sonstigen Verlagssadressen), erhält eine

Benutzerkennung sowie das Programm Crosspoint zugesandt. Wer sich mit einem Terminalprogramm auskennt, kann auch per E-Mail anmelden: Telefonnummer 0711-612857 wählen und mit Guest einloggen und Antrag stellen.

## Was kostet die Mailbox-Nutzung?

Die Kosten für die Benutzung der GNN-Bretter bei der LINK-S werden durch die Verlage getragen. Es fallen also nur die Telefonkosten an, die sich in aller Regel aber auf ein bis zwei Einheiten je Datenaustausch beschränken. (Wer das komplette Angebot der LINK-S benutzen will, also CL, Solinet, PDS/LL, Grüne, Z-Netz und Versenden von PM an andere Mailboxen, bezahlt 4 DM monatlich, näheres auf Anfrage).

## Welche technische Ausrüstung?

Notfalls läuft das Programm Crosspoint auch auf einem XT-Rechner, sofern er über eine Festplatte mit etwa 4 Megabyte freiem Platz verfügt. Notfalls reicht auch ein Modem mit einer Übertragungsrate von 2400 Baud (ca. 240 Zeichen pro Sekunde); die Mailbox erlaubt alle analogen Übertragungsarten sowie ISDN.

## Drucken direkt vom Computer

Die GNN-Verlage können inzwischen ein kostengünstiges Verfahren zur Vielfältigung von Flugblättern, Zeitungen und nicht allzu umfangreichen Broschüren im Auflagenbereich von 50 bis etwa 3000 Stück im Format A4 anbieten.

Das Druckverfahren ist ein Schablonendruckverfahren; von der Druckvorlage wird in einer Folie aus Pflanzenfasern durch Einbrennen mittels Thermokopf ein Abbild erzeugt. Durch die Löcher in dieser Folie wird die Druckfarbe gepresst und aufs Papier aufgetragen. Da der Preis dieser Druckfolie weit unter dem sonst üblichen Preis für metallene Druckplatten liegt und auch keine zusätzlichen Einrichtungen wie Kopie und Entwicklung nötig sind, ist diese Druckverfahren für kleine Auflagen günstig. Durch den Einsatz verschiedener Farbtrommeln ist die Verwendung von Schmuckfarben möglich. Bei der jetzigen Generation dieser Druckmaschinen hat der Hersteller durch Verbesserungen bei der Auflösung und des Farbauftrags eine ausreichende Qualität bei der Wiedergabe von Bildern ermöglicht. Außerdem ist bei dieser Druckmaschinengeneration eine direkte Ansteuerung des Thermokopfes vom Computer aus möglich; d.h. ein fertig gestalteter Text kann ohne Umweg über ein anderes Ausgabegerät direkt an die Druckmaschine geschickt werden; was wiederum Zeit und Kosten spart.

Die Verlage können mit dieser Technik das schnelle Flugblatt, die billige Broschüre, die örtliche Zeitung erstellen. Texte werden als Diskette oder - viel schneller - per Mailbox übermittelt. Geschichte das abends (oder nachts), kann tags darauf gedruckt werden und das Flugblatt am folgenden Tag als Postpaket beim Empfänger sein.

## Die Reprokamera für zu Hause

Bis vor einiger Zeit war die Bearbeitung von Bildern bei den Verlagen ausschließlich beim Verlag in Köln möglich

war, weil nur dort eine Reprokamera mit der dafür nötigen Umgebung (Dunkelkammer, Entwicklergerät) zur Verfügung stand. Inzwischen gibt es sogenannte Scanner, mit denen Bilder zur weiteren Verarbeitung in der Druckvorlage aufgenommen werden können. Sie sind bereits für um die 500 Mark in ausreichender Qualität, einschließlich dazugehöriger Programme, zu erwerben. Die Fertigkeiten für die einfache Bildwiedergabe mit Vergrößerern, Verkleinern, Ausschnitte u.ä. sind relativ einfach zu erlernen. Inzwischen stehen in allen Verlagen die Möglichkeiten zur Bildbearbeitung zur Verfügung; z.B. werden die Druckvorlagen der Seiten dieser Zeitung am insgesamt fünf verschiedenen Orten vollständig angefertigt, einschließlich der Bilder, und dann per Datenübertragung am Druckort zusammengeführt.

Weil billig und einfach zu bedienen, scheint es uns auch möglich, daß sich die eine oder andere örtliche Zeitung einen Scanner zulegt und damit die Bildbearbeitung selber übernimmt.

## Texte bearbeiten und gestalten

Ein bekannt schwieriges Thema ist die Frage nach „dem richtigen Programm“ für die Textverarbeitung und Textgestaltung.

Die Verlage hatten lange Jahre selbst eine Textverarbeitung mit der Möglichkeit zur Gestaltung angeboten („GNN-Text“), weil u.a. für die damals billigen Computer und Drucker keine Programme in ausreichender Qualität zum günstigen Preis (bzw. für den von uns benutzten Fotosatzbelichter überhaupt nicht) vorhanden waren.

Inzwischen sind gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Das Problem, daß für jedes einzelne Ausgabegerät, sei es Drucker oder Belichter, ein unterschiedliches Satzprogramm nötig war, ist durch eine gewisse Standardisierung gelöst. Viele Ausgabegeräte, z.B. die von uns benutzte Druckmaschine ebenso wie der Belichter im Satzstudio, in dem die Druckvorlage für die Politischen Berichte hergestellt wird, verarbeiten Textdateien im sogenannten Postscriptformat. Diese Dateien enthalten neben dem Text und seinen Positionen alle Informationen über die verwendeten Schriften, die Bilder sowie die übrige Gestaltung. Das Ausgabegerät selbst (oder ein Zusatzgerät) übersetzt diese standardisierten Angaben dann in die eigentliche Maschinensteuerung.

Im Prinzip können daher alle gängigen Programme zur Druckvorlagenherstellung benutzt werden, wenn sie solche Postscriptdateien herstellen können. Aber leider steckt hier eine ganze Familie von Teufeln im Detail. Es sei nur in einigen Stichworten auf die Probleme hingewiesen: Unterschiedliche Auflösung der Ausgabegeräte, was dazu führt, daß Vorlagen, die für einen Laser- oder Tintenstrahldrucker erstellt wurden, auf der Druckmaschine mit höherer Auflösung nicht gut aussehen. Was für den Ausdruck auf ein A4-Blatt erstellt wurde, muß für die Ausgabe auf der Druckmaschine ins A3-Format montiert werden. Die Schriften, die bei der Erstellung benutzt wurden, müssen u.U. auch beim Belichter oder auf der Druckmaschine vorhanden sein usw.

Diese Probleme sind zwar alle grundsätzlich lösbar, aber es ist in jedem Fall eine konkrete Absprache für jedes einzelne Produkt nötig! (alk)

## Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik  
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Staschelt (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer, für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Staschelt; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Aus Kultur und Wissenschaft: Martin Fochler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redakitionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73. Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin. Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/6 94 010 39, Fax: 030/6 94 010 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmalle 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/4 58 37 93 Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwabthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/5 02 81 12. Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Biedeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04/6 57 11, Fax: 03 42 04/6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

## Politische Berichte — zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

Bank/Unterschrift .....